

Die „Freiheit“ erscheint wochens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 30.— M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 25.— M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 18.50 M., für das übrige Ausland 22.50 M., einschließlich des Postzuschlags, per Brief für Deutschland und Österreich 20.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 9-11.

Die abgezeichneten Kontraktblätter über den Krieg kosten 5.— M. einschließlich Erwerbssteuer. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Erwerbssteuer. Ausland: Anzeigen laut Tarif. Festgedruckte Kontraktblätter und Briefbogen 1.50 M. netto pro Seite. Gestalten-Bezüge in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistische Pflichten

Keine theoretischen Auseinandersetzungen, keine Zeitungs-polemiken und Versammlungskämpfe, sondern die Praxis des proletarischen Klassenkampfes hat den breiten Massen der deutschen Arbeiterklasse den Unterschied zwischen revolutionärer proletarischer Politik und phantastischer Revolutionspielerei, die in Butschkatil ausgeartet ist, vor Augen geführt.

Frivol und leichtfertiger ist noch nie mit Arbeiterleben und Arbeiterinteressen umgesprungen worden wie bei der letzten großen „Aktion“ der beiden kommunistischen Parteien. Politische Kurzsichtigkeit und Verantwortungslosigkeit, gepaart mit persönlicher Unzulänglichkeit und Feigheit der kommunistischen Führer, haben jene Spottgeburt einer proletarischen Aktion gezeitigt, die durch ihre ganze Anlage, durch ihre Planlosigkeit ebenso wie durch ihren künstlich aufgebauten Charakter von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Wir haben diese Entwicklung vorausgesehen und schon vor dem Falle der Partei, der den Kommunisten die lang-ersehnte Spaltung der U. S. D. bringen sollte, auf die Gefahren hingewiesen, die die Aufrichtung einer Filiale der Moskauer, Gewaltpolitiker auf deutschem Boden für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung heraufbeschwören würde. Der weitere Gang der Ereignisse hat unsere Befürchtungen gerechtfertigt. Wollten die kommunistischen Führer ihre großmäuligen Versprechungen, die sie den Massen gemacht hatten, einlösen, so mußten sie so schnell wie möglich zu jener großen „Aktion“ schreiten, die bisher nach ihren Worten nur durch den „Berrat“ der Unabhängigen Führer verhindert worden war und die tödlicher den Erfolg bringen würde, sobald die Leitung in die Hände der kommunistischen Zentrale überging.

In den ersten Monaten nach der Spaltung versuchten die kommunistischen Führer die Einlösung dieser Versprechungen durch allerhand Täuschungsmanöver, wie z. B. den „Offenen Brief“, und durch eine mühsame Zerstörungsarbeit in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung hinauszuzögern. Es war nicht bloß das Bedürfnis nach Demagogie und Zerstörung der gegnerischen Organisationen, das die frühere kommunistische Zentrale, die Levi, Jettin, Däumig usw., zu dieser Taktik veranlaßte. Es war auch die Erkenntnis, daß eine revolutionäre Situation nicht künstlich geschaffen werden könne, die diese halbwegs verantwortungsvollen Führer veranlaßte, sich dem stürmischen Drängen der Butschkatil entgegenzusetzen. Doch alles Bremsen und Abwiegen half nichts. Die ausgestellten Wechsel mußten eingelöst werden, zumal die Konkurrenz der „sympathisierenden“ K. A. P. D. sich immer fühlbarer bemerkbar machte und der Jörn der Moskauer Vorgehensweise über die ungenügende Aktivität der Vereinigten kommunistischen Partei als Damoklesschwert über den Häuptern der Zentrale hing. Der Konflikt über die Stellung zur italienischen Parteilspaltung war schließlich nur die äußere Hülle des viel tiefer gehenden Konfliktes zwischen dem Gewissenstest der alten Führer und der Gewissenlosigkeit der streberhaften Jünglinge vom Schlage eines Stoeker und Brandler, die nun die Leitung der Partei an sich rissen.

Was nun kam, war die natürliche Folge dieses inneren Zerfallsprozesses in der kommunistischen Partei. Der Putz in Mitteldeutschland ist ein Schulbeispiel jener von einer kleinen Minderheit „gemachten“ Revolutionen, die wie aus der Pistole geschossen von oben her inszeniert werden und die eben infolge ihres künstlichen Charakters jene Mischung von Phantasterei, Direktionslosigkeit, Terror, Berrat und Feigheit darstellen müssen, die für die kommunistische Aktion in Mitteldeutschland charakteristisch ist. Während die kommunistischen Arbeiter, die monatelang in dieser „Hochburg des Radikalismus“ systematisch durch ihre Presse belogen wurden, in allem Ernst glaubten, daß nun die Stunde des letzten Kampfes gekommen sei und daß ganz Deutschland sich erhoben hätte, mutig und aufopferungsvoll kämpften, war die Haltung der kommunistischen Führerschaft nichts weiter als eine Summe von Erdärmlichkeit, Feigheit und Lüge, die nur durch jene Verfallerscheinungen übertröffen wurde, die in Form der Räubereien, Requisitionen usw. die Bewegung in Mitteldeutschland ebenso kennzeichnen wie feinerzeit die Ausläufer der russischen Revolutionsbewegung in den Jahren 1906/07.

Wenn jetzt die Kommunisten mit der Anklage kommen, daß wir, die Unabhängigen, die Bewegung „verraten“ hätten, weil wir uns der kommunistischen „Aktion“ nicht anschließen, so ist das für uns zwar ein recht ehrenvolles Eingeständnis unserer Stärke und unseres Einflusses in der Arbeiterbewegung (die sonst von den Kommunisten geliebt werden), läßt uns aber im übrigen recht kühl, weil wir nicht die geringste Berechtigung dieser Anklage anerkennen. Würde es zum Geheiß der proletarischen Bewegung erhoben werden, daß jede Partei, jede Organisation sich einer von irgendeiner Partei oder Gruppe über die Köpfe der Massen hinweg beschlossenen Aktion anschließen müsse, so wäre damit die Vernichtung der Arbeiterbewegung befohlen, da dann nicht der gemeinsame Wille der proletarischen Organisationen, sondern die Willkür, die Hemmungslosigkeit oder das bewußte Verbrechen kleiner Gruppen

Amerikas Außenpolitik

Sardings politisches Programm

W. Washington, 5. April. (Kunstsprache.)

Präsident Harding hat, wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, nunmehr endgültig das Programm für die nächsten Rundgebungen der amerikanischen Außenpolitik bestimmt. Dieses Programm weist folgende Punkte auf:

1. Erzielung der Friedensresolution Knox zur Herstellung eines Sonderfriedens mit Deutschland.
2. Keine Ratifikation des Vertrages von Versailles.
3. Kein Anschluß der Vereinigten Staaten an den gegenwärtigen Völkerbund.
4. Unterstützung der Alliierten in der Forderung, Deutschland für den Weltkrieg verantwortlich zu erklären.
5. Keine verbindende Zusage einer politischen oder militärischen Allianz mit Europa, jedoch im Rahmen der Knox-Resolution die Abgabe der Erklärung, daß die Vereinigten Staaten durch eine Bedrohung des europäischen Friedens gleichzeitig den eigenen Frieden und die eigene Freiheit bedroht erachten würden und bestrebt sein werden, Mittel ausfindig zu machen, eine derartige Bedrohung zu verhüten.
6. Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und Österreich sowie Einleitung von Verhandlungen zur Erzielung neuer Abkommen gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen des Handels.
7. Aufrechterhaltung aller Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Wiedergutmachungen und Vorteile, zu denen die Vereinigten Staaten durch den Waffenstillstand berechtigt sind.
8. Zurückhaltung des deutschen Eigentums, soweit es am 8. April 1917 oder später beschlagnahmt wurde, bis der Kongress darüber verfügt hat.

Die „starke Hand“ Briands

C. E. Paris, 5. April.

In der heutigen Senatodebatte sprach, nachdem mehrere Redner zu Wort gekommen waren, der Ministerpräsident. Er begann seine Rede mit der Erklärung, daß das Problem, dessen Lösung vom ganzen Lande mit Spannung erwartet worden sei und das ganze Volk mit angestimmtem Gefühl erfüllt hat, die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland sei. Briand ist überzeugt, daß Frankreich sich seinem Ziele nähert und daß die Stunde kommt, wo Frankreich in der Lage sein wird, den Weg der Verwirklichung zu schreiten und betont, daß Deutschland den Versuch unternommen hat, die Gegenseite zu verleiten. Die Alliierten hätten dieses Manöver durchschaut und seit der Pariser Konferenz die Notwendigkeit ihrer Einigkeit klar begründet. Briand erwähnt dann die Londoner Verhandlungen und sucht zu beweisen, daß Deutschland lächerliche Vorschläge gemacht habe. Je länger der deutsche Außenminister seine Rede an die Konferenz hinzog, um so deutlicher konnte man sehen, wie sich auf den Lippen unserer Freunde Enttäuschung und Jörn spiegelte. Der deutsche Vorschlag hat unsere Entrüstung hervorgerufen. Auf welche vornehme Weise Lloyd George geantwortet hat, ist ja bekannt. Er hat mit der ganzen Lojalität des englischen Volkes

gesprochen und den Verlauf des ganzen Krieges nochmals erwähnt und dabei die Sache Frankreichs vorteilhaft vertreten.

Briand bespricht dann die auf den Abbruch der Verhandlungen gefolgten Verhältnisse, die die Belegung Düsseldorf, Duisburg und Ruhrorts zur Folge hatten. Er führt dann weiter aus: „Das Abkommen von London ist nicht zur Verwirklichung gekommen, daher tritt der Versailler Friedensvertrag in Kraft. Die Maßnahmen, die die Alliierten beschlossen haben, werden unverzüglich in Kraft treten. Eine kurze Verzögerung war unumgänglich, da wir die Bedingungen festsetzen für die Zollgrenze zwischen dem Rhein und dem übrigen Deutschland. Außerdem hatten wir auch Tarif- und Personenfragen zu regeln. Nach dem 1. Mai wird Deutschland keine Verzögerung mehr herbeiführen können, es wird juristisch der Beweis erbracht werden, daß durch die Verletzung und Verletzung ein rechtlicher Standpunkt vertreten werde und damit sei alles gelöst. Wenn die Haftfähigkeit des Schuldners nachgewiesen ist, hat der Gläubiger das Recht, alle Zwangsmassnahmen durchzuführen. In London hat Deutschland sich des Friedensvertrages bedient. Sobald der Zeitpunkt herbeigekommen sein wird, werden wir das gleiche Recht in Anwendung bringen. Verfügt Deutschland, sich noch einmal seinen Verpflichtungen zu entziehen — ich sage dies mit erhobener Stimme —, so wird eine starke Hand auf es herunter-jausen!“ (Stürmischer Beifall.)

Die englische Kohlenkrise

E. M. London, 5. April.

Die Erklärung Lloyd Georges, daß die Regierung jede Gelegenheit zur Lösung der Steinkohlenfrage prüfen wolle, hat die Arbeiterführer Clynes und Henderson veranlaßt, die Verlängerung der Regierungskontrolle vorzuschlagen. Die Gewerkschaften im Schiffahrtswesen wollen sich jeder Aktion des Dreiverbandes anschließen und im Falle der Streikproklamation den Schiffahrtsbetrieb gleichfalls stilllegen. Die Admiralität hat alle Urlaube aufgehoben, aber noch keine Deute zur Nothilfe in die Gruben geschickt. Die einzige Abgabe, die die Bergarbeiter bisher von ihren Genossen erhielten, stammt von dem Verbande der Lokomotivhelfer, die sich einer „direkten Aktion“ des Dreiverbandes nicht anschließen wollen.

Inzwischen mehren sich die Nachrichten über das Erkaufen von Minen. Immer weniger Deute finden sich zur Bedienung der Pumpen bereit. Im Rhondbathal wurden in einigen Gruben die Pumpen vom Direktor, den Unterdirektoren und dem Büropersonal des Bergwerkes bedient. In anderen Gruben des Gebietes drang aber das Wasser mit ungeheurer Kraft in die Schächte, die unmittelbar vor der Vernichtung stehen. Es wurden dort etwa 1800 Personen beschäftigt. In Wales und Staffordshire, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, hat sich eine große Anzahl von Deuten zur „technischen Nothilfe“ angeboten.

Grubenunglück in Südfrankreich

E. M. Madrid, 5. April.

In dem Bergwerk La Gaze in Südfrankreich hat sich gestern ein großes Grubenunglück ereignet. Bei einer Explosion kamen 15 Menschen ums Leben und eine größere Anzahl von Personen wurde verwundet. Von den 15 Toten sind 5 Polen.

oder Claque die Richtung der proletarischen Politik bestimmen würden.

Wir haben es als unsere Pflicht als revolutionäre sozialistische Partei erachtet, diesem wahnwichtigen Treiben vom ersten Augenblick an mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Als das Verbrechen in Halle verübt wurde, sprachen wir es aus, daß wir unseren Kampf auf dem Boden unserer Grundzüge fortsetzen würden, um nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland zu bewahren. Diese Aufgabe haben wir auch in den letzten Wochen, die sozial Schwere über die deutsche Arbeiterbewegung gebracht haben, erfüllt. Wir hätten unsere sozialistische Pflicht schmächtig verletzt, wenn wir offenen Auges mit in den Abgrund gesprungen wären, in den die Kommunisten das Proletariat hineinsteuereten. Deshalb haben wir unseren ganzen Einfluß geltend gemacht, um den frevelhaft entfachten Brand zu lokalisieren, um die Massen des Proletariats, die gesamte Arbeiterbewegung vor jenen Heimsuchungen zu schützen, die der kommunistische Putz über tausende irreführte Arbeiter und deren Angehörige gebracht hat.

Die Ernüchterung, die gegenwärtig in weiten Kreisen der Arbeiterklasse, die bisher den kommunistischen Parolen gläubig nachliefen, um sich greift, ist ein weiterer Beweis dafür, daß wir die politische Situation und die Stimmung der Massen richtiger einschätzen als die kommunistischen Revolutionsphantasten, die die Massen nur als Kanonensfutter zu betrachten pflegen. Hier, bei diesen Massen, wird nun unsere Aufklärungsarbeit günstigen Boden finden. Sie wird sie aus dem Nebel der kommunistischen Phrasen wieder auf den Boden der revolutionären Wirklichkeitspolitik zurückführen und ihnen den richtigen Maßstab für die Einschätzung der inneren und äußeren Verhältnisse geben. Sie wird andererseits den Massen

der Enttäuschten, Betrogenen, Ermüdeten, die infolge des Zusammenbruchs ihrer letzten Hoffnungen in Verzweiflung und Gleichgültigkeit zu verfallen drohen, den Glauben an die vom sozialistischen Geiste getragene proletarische Klassenbewegung wiedergeben.

Der hier geschilderte Aufgabenkreis ist aber nur ein Teil jener Pflichten, die wir als sozialistische Partei zu erfüllen haben und für die das gesamte Klassenbewußte Proletariat seine Kraft einsehen muß. Wiederum, wie in allen Krisenperioden der deutschen Arbeiterbewegung, zeigt sich die verhängnisvolle Dreiteilung des Proletariats, die ihre innere Kraft lähmt und jeden Aufstieg unmöglich macht. Während sich auf dem linken Flügel der kommunistische Wahnsinn austobt und die Zerfurchung der kommunistischen Partei ihre folgerichtige Entwicklung nimmt, verstärkt sich auf dem rechten Flügel, als Reaktion gegen die kommunistische Zerfurchung, jene unsozialistische, mit den herrschenden Gewalten paktierende, von engherzigerem Fraktionsinteresse getragene Strömung, die die proletarische Bewegung nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer sozialistischen Ziele, sondern unter dem des friedlichen Zusammenlebens mit dem kapitalistischen Bürgertum und der Förderung des Parteigeschäfts zu betrachten pflegt.

Wir haben gerade in den letzten Tagen, die sozial Erklärungen für die gesamte Arbeiterbewegung brachten, bei den Rechtssozialisten eine Neuaufgabe jenes Koske-geistes erlebt, der der deutschen Arbeiterbewegung schwerere Wunden zugefügt hat als der kommunistische Butschismus es je vermocht hat. Vom Geiste Koskes erfüllt war die Haltung des „Vorwärts“ zu den Ausnahmegerichten; den Geist Koskes beschwor der Vorsitzende des Berliner Bezirksverbandes, Franz Krüger, herauf, als er jede Gewalttätigkeit eines Politikers an einem Gefangenen zu verteidigen versuchte, und vom Geiste Koskes ist auch die Stellungnahme

Jener Rechtssozialisten erfüllt gewesen, die in der Beratung mit den Vertretern unserer Partei und der Gewerkschaften eine gemeinsame Aktion am Tage der Beerdigung Solts vorstellten, weil sie, wie Theodor Fischer sich ausdrückte, die zusammengebrochene U. S. P. D. nicht wieder auf die Beine bringen wollten.

In seiner gestrigen Abendnummer versucht der „Vorwärts“ diesen Sachverhalt zu verschleiern, indem er davon spricht, daß man sich nicht mit den Kommunisten zu einer gemeinsamen Aktion vereinigen dürfe, weil diese noch soeben die sozialistischen Parteien beschimpft haben und weil man nicht wisse, ob die Kommunisten eine gemeinsame Aktion nicht für ihre Sonderzwecke ausnützen würden. Diese Darstellung verschiebt den Kern der Frage. Die Anregung zu der gemeinsamen Beratung ging von den Gewerkschaften aus, und zu der Beratung selbst waren die Kommunisten nicht herangezogen. Das Ziel der geplanten Aktion war ein gemeinsamer Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die erstarrte Reaktion, die durch die Niederschiebung Solts, durch die einschneidende Rachejustiz, durch die Ausnahmegerichte usw. genügend gekennzeichnet ist. Wäre der Wille zu einer solchen gemeinsamen Aktion bei den Rechtssozialisten vorhanden gewesen, so hätten sich auch Mittel und Wege finden lassen, um jede Ausnützung der Demonstration für kommunistische „Sonderzwecke“ zu verhindern.

Das tief Bedauerliche und Niederdrückende jedoch ist die Tatsache, daß der Wille zur proletarischen Aktivität des Proletariats bei den Rechtssozialisten jetzt ebensowenig vorhanden ist wie während des Krieges und zur Zeit Noskes. Wozu auch diese Aktivität fördern, wenn man so bequem weiterwurseln kann mit Hilfe des bürokratischen Parteiapparates und der zahlreichen Parteivertreter in den verschiedenen Parlamenten und Verwaltungsbehörden? Wozu den sozialistischen Geist und die revolutionäre Energie in den Massen wecken, wo die „Instanzen“ alles so schön von obenher zu regeln vermögen? Wozu den lebendigen Geist in die Massen hineinbringen, wo man dank der kommunistischen Spaltungs- und Zerfetzungsarbeit sich der Hoffnung hingeben kann, daß die verirrten Schäflein reuig zurückkehren in den Schoß der alleinseligmachenden rechtssozialistischen Kirche?

Diese reaktionären Erscheinungen auf dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung sind nicht minder gefährlich wie die Zerfetzungserscheinungen auf dem linken Flügel. Mögen sie heute noch in verhüllter Form hervortreten, so werden sie morgen die gesamte Arbeiterbewegung um so mehr beeinflussen, je stärker die Enttäuschung sein wird, die der Zusammenbruch der kommunistischen Revolutionsmacherei in einzelnen Schichten des Proletariats heraufbeschwören muß. Wir werden deshalb, weil wir die Interessen der sozialistischen Bewegung als Ganzes vertreten, nach wie vor mit aller Energie gegen die reaktionäre, unsozialistische Haltung der Rechtssozialisten ankämpfen. Wir werden die Aktivität der Massen, allen Hemmungen und Hindernissen zum Trotz, zu steigern suchen, denn nur im Prozeß der planmäßigen sozialistischen Aufklärung und der sich steigenden revolutionären Aktivität der Massen wird jene Einheitsfront des kämpfenden Proletariats hergestellt werden, die die deutsche Arbeiterbewegung aus dem Elend ihrer heutigen Zerissenheit herausführen und mit der kommunistischen Putscherei auch den Geschäftssozialismus engstirniger Parteibureaucraten überwinden wird.

Die städtischen Arbeiter und der Fall Sylt

Gestern vormittag fand auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Böß eine Besprechung über den Streik der Elektrizitätsarbeiter statt, an der außer Vertretern des Magistrats die Betriebsräte der Elektrizitätswerke, der Straßenbahnbetriebe und Gasanstalten, der Ausschuß des Gesamtbetriebsrates der städtischen Arbeiter und Angehörigen, ferner Vertreter des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, des Verbandes der Maschinen- und Heizer, der Gewerkschaftskommission und der Stadtverordnetenfraktionen der S. P. D., U. S. P. D. und A. P. D. teilgenommen haben.

Oberbürgermeister Böß leitete die Unterredung ein und führte aus, daß er für die Stellung der Gewerkschaften und besonders für die Haltung der Elektrizitätsarbeiter wohl Verständnis habe. Aber er möchte darum ersuchen, daß von einem allgemeinen Streik abgesehen werde. Dagegen möchte er vorschlagen, daß die Arbeiterschaft der städtischen Betriebe sich aus Anlaß der Beerdigung Solts im großen Umfang herauslassen möchte. Er habe eine Verurteilung des Personals bis zu 75 Prozent unter Fortzahlung des Lohnes für möglich.

Das Ergebnis der Unterredung war, daß sich die anwesenden Vertreter der Arbeiterschaft mit dem Vorschlag des Magistrats einverstanden erklärten. Sie legten allerdings voraus, daß der Magistrat bei den Verurteilungen das weitgehendste Entgegenkommen zeigen werde. Die Betriebsräte betonten vor allem, daß sie infolge des Schichtwechsels kaum noch in der Lage sein würden, alle Arbeiter der Elektrizitätswerke zu erreichen, um ihnen von dem Beschluß Mitteilung zu machen. Es könne daher vorkommen, daß in einzelnen Teilen der Betriebe der Beschluß nicht vollkommen zur Durchführung gebracht werden könne. In solchen Fällen müsse der Magistrat Rücksicht nehmen, was auch zugesagt wurde.

Im Laufe der Unterredung erklärte der Stadtverordnete Wetmuth im Namen der rechtssozialistischen Fraktion, daß seine Partei mit dem Streikbeschluß nicht einverstanden sei. Er erinnerte an jene von Ebert im vorigen Jahre erlassene Rechtsverordnung, die den Arbeitern in lebenswichtigen Betrieben das Streikrecht raubt, und die von uns von vornherein auf das heftigste bekämpft worden ist. Auf diese Verordnung verwies der Vertreter der Rechtssozialisten, um dazu zu erklären, daß seine Partei jede Maßnahme bedauern würde, die der Magistrat auf Grund dieser Verordnung vornehmen würde. Wieder einmal bewies also ein benachteiligter Vertreter einer Körperschaft der S. P. D., daß die Rechtssozialisten jede gegen die Arbeiterschaft und ihre Rechte gerichtete reaktionäre Regierungs- oder Verwaltungsmaßnahme billigen und unterstützen, ja, daß sie sogar derartige Maßnahmen geradezu herausfordern, wie es in diesem Falle geschah.

Genosse Wegl erklärte dazu, daß unsere Fraktion weit darüber hinaus von diesen Rechtssozialisten. Nicht um die Person Solts handle es sich bei dem Protest der Berliner Arbeiterschaft, sondern um eine Aktion gegen den barbarischen Schießbefehl, gegen die Ausnahmegerichte und gegen die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland.

Zeitungsverbot in Oberschlesien. Die „Oppelner Nachrichten“ sind von der Interalliierten Kommission wegen eines Artikels über den polnischen Terror im Kreise Tarnowik auf vier Tage verboten worden.

Sinnlose Hege

Der Putsch in Mitteldeutschland hat wiederum gezeigt, daß der von den Kommunisten verherrlichte Bürgerkrieg alle jene bestialischen Instinkte entfesselt, die der Weltkrieg, dieses „Stahlbad der deutschen Nation“, in breiten Kreisen des Volkes großgezogen hat. Wir verurteilen alle Ausschreitungen, die in Mitteldeutschland vorgekommen sind, ebenso scharf, wie wir die Ausschreitungen verurteilen haben, die die Reichswehr bei den verschiedensten Anlässen der letzten Jahre auf ihr Gewissen geladen hat. Wenn aber jetzt von gewisser Seite der Versuch gemacht wird, die Ausschreitungen zu einer politischen Hege zu benutzen, so müssen wir uns dagegen wehren, weil damit nicht die einzelnen Personen getroffen werden, die sie verübt haben, sondern weil damit vielmehr der gesamten Arbeiterschaft ein Schlag verfehrt werden soll.

Als die Sipos in Gröbers einrückte, einem bei Halle gelegenen kleinen Ort, in dem Hülz mit seiner Garde einige Tage hauste, sollen angeblich verstümmelte Sipoleichen gefunden worden sein. Das Oberpräsidium meldete damals, die Leichen würden fotografiert und an die Mannschaften der Sicherheitspolizei verteilt. Inzwischen haben sich einige antisozialistische Organisationen dieser Photographien, die tatsächlich angefertigt worden sind, bemächtigt; sie lassen Reproduktionen davon in einer größeren Auflage zu Propagandazwecken herstellen.

Das ist eine ganz niederträchtige Machenschaft, ebenso wie die Absicht des Oberpräsidiums, die Bilder an die Sipos-Mannschaften zu verteilen, niederen Instinkten entspringt. Unter den Sipos-Mannschaften befindet sich ohnehin ein gewisser Teil, der nicht gerade die friedlichsten Absichten in seinem Busen trägt. Durch die Bilderhege wird bei diesen Mannschaften geradezu eine Pogromstimmung erzeugt, die doch wiederum nur zu neuen Gewalttaten aufreizen kann.

Außerdem kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob die Toten wirklich erst nachträglich verstümmelt worden sind oder ob die Verwundungen nicht von Verwundungen durch Handgranatenplitzer oder Querschläger herrühren. Es ist deshalb doppelt verwerflich, derartige Geschwänze, die, wenn sie sich tatsächlich zugetragen haben, nur Ausflüsse der vom Militarismus großgeachteten Entartung sind, zu agitatorischen Zwecken auszusprechen. Wir verlangen, daß die verantwortlichen Stellen der von reaktionärer Seite unternommenen Pogromhege energisch entgegenzutreten und es zu verhindern, daß in der Sipos wie in der Reichswehr jene abscheulichen Geheimhorden zur Anwendung gelangen, die nach den Berliner Märzkämpfen im Jahre 1919 unter dem „glorreichen“ Noske-Regime soviel Unheil angerichtet haben.

Immer noch dunkel

Über den angeblichen handrechtlichen Erschießungen im Leuna-Weitz und in Schraplau schwebt noch immer Dunkel. Zwar verbreiten das Wolff-Bureau und P. B. R. Meldungen, nach denen nirgends Standgerichte eingesetzt sind. Die fünf Auffständischen seien bei den Kämpfen mit der Schutzpolizei am zweiten Osterfeiertag in Schraplau während der Kämpfhandlungen gefallen. Weder in Schraplau noch in den Leunawerten habe eine handrechtliche Erschießung von Leuten stattgefunden.

Diese Dementis gehen von keiner amtlichen Stelle aus und sind nicht das Ergebnis irgendwelcher aufklärender Untersuchungen. Wir erneuern unsere Forderung an die preussische Regierung, daß sie klar Auskunft gibt, was in Mitteldeutschland vorgeht und daß sie über die angezogenen Fälle eine eingehende Untersuchung unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern anordnet. Sind Untaten der Reichswehr oder der Sipos vorgekommen, so dürfen sie keineswegs totgeschwiegen werden, sondern müssen mit derselben Strenge geahndet werden, mit der man gegen die Auffständischen vorgeht.

Die Ausnahmegerichte in Tätigkeit

Die Berliner Ausnahmegerichte nehmen am heutigen Mittwoch ihre Tätigkeit am Landgericht I auf. Den Vorsitz im Gericht, das vorläufig dreimal die Woche tagen wird, führt Landgerichtsrat Braun, der, wie erinnerlich, auch als Vorsitzender im Prozeß gegen den Oberleutnant Hiller als Vorsitzender fungierte. Die Staatsanwaltschaft wird von Staatsanwalt Jäger vertreten. Morgen stehen im ganzen fünf Anklagefälle zur Verhandlung an, in denen sieben Angeklagte zur Verantwortung gezogen werden. Die Anklage lautet meistens auf Aufforderung zum Hochverrat. In Aktion ist ebenfalls die Einsetzung eines außerordentlichen Gerichts erfolgt. Zum Vorsitzenden wurde Landgerichtsdirektor Gehelmeat Biernat ernannt. Die Anklagebehörde vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jelenka.

3642 Verhaftete in Mitteldeutschland

Insgesamt sind in der Provinz Sachsen 3642 Leute verhaftet worden. Der größte Teil der Verhafteten befindet sich im Leuna-Weitz.

Die Verluste der Schutzpolizei

Die Verluste der Schutzpolizei während der Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland sind folgende: 33 Tote, 57 Verwundete und ein Vermißter.

Gewitter über die R. P. D.

Der „Sindikalist“, das Organ der Freien Arbeiterunion, wendet sich in einem Artikel, der die Ueberschrift „Die Schrittmacher der Reaktion“ trägt, gegen den wahnstinnigen Putsch der Kommunisten. Das Blatt schreibt:

„Ausprechen, was ist! Die Sindikalist haben mit den Märzputschen des Jahres 1921 absolut nichts zu tun! Diese ganze Aktion ist das Werk der innerlich verfaulenden R. P. D., die auf Weisung und Befehl von Noske handelte, um sich bei den deutschen Arbeitern endlich einmal durchzusetzen. Trotz der Millionen und aber Millionen, die von der russischen Regierung der Zentrale der R. P. D. geliefert wurden, konnte dieses Gewächs niemals eine breite Grundlage in Deutschland finden. Jetzt endlich sollte mit einem Machtwort aus Moskau die russische Methode auf Deutschland übertragen werden, die Revolution in Deutschland „gemacht“ werden. Ein Beginnen, so irrsinnig, daß es eigentlich von jedem Arbeiter, der sich als Sozialist fühlt, längst als abgetan gelten sollte.“

Sprechen wir zunächst einige Wahrheiten aus, die von allen Arbeitern anerkannt werden müssen, wenn sie auch in vielen Parteien und Gewerkschaften zerstückelt sind: Noch niemals lebte die deutsche Arbeiterschaft unter so verhältnismäßig freien politischen Verhältnissen als in den letzten Monaten. Versammlungs- und Freigedehnt waren geradezu unbeschränkt. Deutschland war das Land der höchsten Revolutionäre aller Länder geworden. Sie konnten sich hier unbehelligt bewegen. Und wenn wir auch in Deutschland bisher kaum die Anfänge einer politischen oder gar einer wirtschaftlichen Revolution zu verschmerzen hatten, so müssen wir dennoch feststellen, daß eine so starke geistige Revolution wohl kaum in irgendeinem Lande der Welt zu verzeichnen ist.

In Mitteldeutschland hielt die grüne Postel auf Befehl von Hülz, der wieder im Auftrage von Eberling handelte, ihren Einzug. Es ist selbstverständlich das

Recht der Arbeiter, sich dagegen zu wehren. Das läßt denn auch die Arbeiter in dem betroffenen Gebiet. Die neuen Rächer der Zentrale der R. P. D., die Brandler, Söder, Bötscher, Ernst Meyer, Weimann und Evers, diese Menschen ohne Verantwortlichkeitsgefühl und mit mikroscopischem Gehirne, aber begannen eine Hege in der Berliner „Koten-Jahre“, die jeder Beschreibung spottet. Sie führten eine Sprache, die die armen Leser dieser Zeitung komplett verrückt machen mußte, die sie zu jeder Schandtat oder Dummheit auflockerte. Die beschlossene unterirdische illegale Organisation der R. P. D. mußte ohnehin alle zweifelhaften Kreaturen wie das Vieh die Moten an sich ziehen.

Der „Sindikalist“ wendet sich dann weiter gegen die irreführende Behauptung der R. P. D., als hätten sich auch die Sindikalist der Bewegung angeschlossen. Die Kommunisten werden nun auch die Sindikalist unter die angeblichen „Beräter“ schmeißen. Aber das wird ihnen nichts nützen. Das Gewitter, welches sie entfacht haben, ist über sie hereingebrochen und muß sie hinwegjagen, wenn die deutsche Arbeiterbewegung gesund sein soll.

Der hinausgeworfene Vizekanzler

Wenn ein Reichsminister eine Reise nach Bayern unternimmt, so kann er was erzählen. Ueber den Empfang, den Herr Dr. Heinze in München gefunden hat, ist allerhand berichtet worden. Es wird nunmehr amtlich mitgeteilt, was dem Vizekanzler wirklich dort widerfahren ist. Herr von Raab war benachrichtigt worden, daß Herr Dr. Heinze am 24. März in München eintreffen würde, um dem bayerischen Ministerium im Auftrage der Reichsregierung Mitteilungen zu machen. Raab äußerte „verfassungsmäßige Bedenken“, Herr Dr. Heinze überreichte aber trotzdem eine Note der Reichsregierung des Inhalts, daß er beauftragt worden sei, den Standpunkt der Reichsregierung mündlich vor dem Kabinett nochmals nachdrücklich auseinanderzusetzen. In mehr als einstündiger Aussprache unterließ sich nun der Vizekanzler mit dem bayerischen Ministerpräsidenten über die Frage der Entwaffnung. Der Ministerpräsident lehnte im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten das Verlangen der Reichsregierung ab, dem Vizekanzler Dr. Heinze als Beauftragten der Reichsregierung die Teilnahme am Ministerium zu gewähren. Von diesem Beschluß konnte der Vizekanzler Dr. Heinze nicht rechtzeitig verständigt werden, da er nicht mehr aufzufinden war. Deswegen konnte ihm auch nicht mehr die „Beteiligung“ der bayerischen Minister übermittelte werden, in einer „unangelegenen Zusammenkunft“ sich zu einer Aussprache zu treffen.

Die Orgeschleute in Bayern wollen also die Mitglieder der Reichsregierung offiziell nicht bei sich haben, und wenn ein Reichsminister es trotzdem unternimmt, nach München zu fahren, so kann er riskieren, ohne weiteres hinausgeworfen zu werden. In der „Deutschen Zeitung“ finden wir zu dem Beschluß des Vizekanzlers noch einen Kommentar, der folgendermaßen schließt:

Es geht jetzt hart auf hart: Die München — die Berlin! Wir möchten daher in letzter Stunde die jüdisch-sozialistischen Machthaber an der Spree noch einmal davor warnen, weiter mit dem Feuer zu spielen. Der Einzug bei diesem verurteilten Spiel ist ein sehr hoher, mit welcher Bedeutung wir uns heute begnügen wollen. Bayern hat es grandios gemacht, sich in seinem inneren Aufbau und der Wiederherstellung geordneter Zustände nur deshalb immer wieder von Berlin lösen zu lassen, weil hinter den Drabitzleibern der Berliner Regierungsmarionetten Trotz und Venia stehen und großkapitalistische Einflüsse aus dem Westen herüberwirten.

Hier hat die Reichsregierung die offene Kampfanzeige der bayerischen Orgeschleute. Wir sind gespannt darauf, was sie gegen diese freche Auflehnung unternommen wird!

Ein Prozeßprozeß in Oberschlesien

Oppeln, 5. April.

Vor dem interalliierten Sondergerichtshof in Oppeln fand heute der Prozeß gegen die vier verantwortlichen Redakteure deutscher Zeitungen in Oberschlesien statt, die kurz vor der Abstimmung eine Resolution über die angebliche Schließung der Warschauer Börse veröffentlicht hatten. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten zu 3000 M. Geldstrafe und zu Gefängnisstrafen von 8 bis 15 Tagen.

Ein bestrafter Waffenschlepper

Oppeln, 5. April.

Der Generaldirektor der Hohenzollerngrube, Hübner, in dessen Unternehmen feinerzeit Waffen gefunden worden waren, wurde heute von dem interalliierten Sondergericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Karl abgereist

Die Komödie in Ungarn scheint nun tatsächlich ihrem Ende entgegenzugehen. Bei Eröffnung der gestrigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung teilte der Ministerpräsident Graf Teleki mit, daß Erzherzog Karl vormittags um 10 Uhr 35 Minuten aus Stelmangen abgereist sei. Auch aus Wien wird die endliche Abreise Karls bestätigt. Er hat mittags die ungarische Grenze passiert. Oberst Löhar, der dem König den Treueid geleistet hat, begleitet ihn in die Schweiz.

Ueber die augenblickliche Situation in Ungarn wird uns von ungarischer Seite noch geschrieben.

Die jetzt aus Budapest hier eingetroffenen Zeitungen lassen trotz der starken Zensuren, die sie aufzuweisen haben, erkennen, daß der mißglückte Putsch Karls wenigstens das eine Gute gezeitigt hat, daß er eine Stärkung der Position aller Habsburggegner und aller republikanischen Elemente in Ungarn zur Folge hatte. Sogar in der ungarischen Nationalversammlung, dieser unter unerhörtem Wahlerzorn zustandgekommenen Karkifatur einer Volksvertretung, befinden sich die Anhänger Karls in der Minderheit. Die stärkste Partei ist dort jetzt die Partei der Kleinen Landwirte, die im Gegensatz zu den Legitimisten den Standpunkt vertritt, daß die Ansprüche des Hauses Habsburg auf den ungarischen Thron erloschen sind und daß es nunmehr Sache des Volkes ist, in freier Wahl den neuen König zu bestimmen. Die Partei der Kleinen Landwirte, auf deren linkem Flügel sich übrigens auch republikanische Elemente befinden, beabsichtigt, in den nächsten Sitzungen des Parlaments ihren Standpunkt mit größter Schärfe zu vertreten und dabei eventuell auch den offenen Kampf mit den Legitimisten, der bisher durch Kompromisse verschleiert wurde, aufzunehmen. Sollte es wirklich zu einer Königswahl kommen, so würde sich zeigen, daß die überwältigende Mehrheit des ungarischen Volkes weder von den Habsburgern, noch von einer anderen Dynastie etwas wissen will, sondern die republikanische Staatsform herbeisehnt.

Arbeitsaufnahme auf den Ansocheinischen Zechen. Auf sämtlichen Schachtanlagen des linkschlesischen Gebietes und auf der Zeche Westfalen in Witten sind die Befehlshaber zur heutigen Frühstunde vollständig angefahren. Die Schachtanlagen des linkschlesischen Gebietes sind, wie W. T. B. meldet, von den belgischen Besatzungsbehörden besetzt worden.

Nationaler Bauernfang

Angestellte und Betriebsräte wählen

Was den gelben und blauen Verrätern im Angestelltenlager bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes trotz aller Mühe doch nicht vollends gelungen ist, soll bei der Wahl der Betriebsräte erreicht werden. Das Ziel des trauten Teufelmechtels mit den Unternehmervertretern bei der Gesetzesberatung wie in der Wahlbewegung ist, die Betriebsräte herabzudrücken zu willigen Gehilfen der Unternehmerinteressen. Herr Koslowski, ein Mann aus dem christlichen Angestelltenlager, stellt in einem Artikel in der „Täglichen Rundschau“ die Frage: Aufstieg oder Niedergang? Zunächst wagt er entgegen dem Sinn des Gesetzes die Behauptung, die Arbeit der Betriebs- und Angestelltenräte bedeute Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Betriebsinhaber und dessen Angestellten und Arbeitern. Das Gesetz aber geht überall aus vom Gegensatz zwischen Angestellten und Unternehmern. Selbst die reaktionärsten unter den Bearbeitern des Gesetzes haben es nicht gewagt, diesen Gegensatz zu leugnen.

Herr Koslowski aber will die Angestellten glauben machen, daß in der Betonung dieses Gegensatzes der Niedergang bestehe. Er bringt „Beweise“ dafür. In einem langen und wüsten Durcheinander wirft er A. d. G. V., A. d. B. D., A. P. D., U. S. P. D. und A. U. P. D. durcheinander. Er führt die Beschlüsse einzelner dieser Körperschaften an und versucht, aus diesem Gebräu nachzuweisen, daß alle diese Bewegungen zusammen als Vertreter des rückwärtsgehenden Kampfes zwischen Arbeitern und Angestellten und Unternehmern gleichzeitig Faktoren des wirtschaftlichen Niederganges sind, der sich ausdrückt in dem Streben nach einer Kontrolle der Produktion, der Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts, der Kohlensozialisierung wie der sozialistischen Gemeinwirtschaft überhaupt.

Und dann folgert Herr Koslowski: Rettung und Aufstieg liegt in der Erweckung des Pflichtgefühls der Arbeitenden, vor allem der Angestellten. Auf diesem Pflichtgefühl müsse sich eine wahre Gemeinwirtschaft aufbauen.

Was die Ideologie der gelben und christlichen Angestelltenvereinigungen fennet, der weiß, daß hier unter Pflichtgefühl nicht ein Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit der produzierenden und konsumierenden Massen, sondern willige Unterordnung unter die Gebote des Kapitals und unter die Rentabilitätsinteressen des einzelnen Betriebes verstanden wird.

Aber diese Leute wagen es nicht, ihre Ziele offen zu verkünden. Im letzten Absatz seines Artikels, dem man den reichlich vergessenen sauren Schweiß deutlich anmerkt, muß Herr Koslowski mit vieler Mühe den Versuch machen, dem Eumensurium seiner Organisationsrichtung ein zeitgemäßes Mäntelchen umzuhängen. Er behauptet, daß die christlichen Angestellten im Unternehmer zwar nicht immer den verhassten Feind sehen, sondern den arbeitenden Menschen und Volksgenossen. Aber die nationale Angestelltenchaft beobachte die „Orgien der Selbstsucht“, die das Kapital feiere, mit Schmerz, und sie habe den festen Willen, im Unternehmertum das nationale Pflichtbewußtsein in wachzurufen. Dadurch werde eine wirkliche Gemeinschaft aller Arbeitenden herbeigeführt werden, die die gemeinsamen Pflichten gegen das Volksganze zur Richtschnur des Handelns nehmen werde. Das werde den Vertretern des grundsätzlichen Klassenkampfes nicht gelingen. Aber Herrn Koslowski und den Seinen wird es mit Hilfe der Wünschelrute des nationalen Pflichtgefühls möglich sein, aus dem harten Boden profitorientierter Unternehmerrhetorik den Quell humanen Gemeinfinnes und zarter Rücksichtnahme auf das Interesse des Ganzen hervorzuzaubern.

Eigentlich ist es zum Lachen. Und es würde nicht lohnen, Herrn Koslowski durch ein Eingehen auf seine Betrachtungen populär zu machen, wenn man nicht wüßte, daß seine Ausführungen nur ein Teil und der Widerschein der auf Lug und Trug gestützten Beeinflussungen der Angestellten im Betrieb und durch den Unternehmer selbst darstellen. Die Mitwirkung Klassenbewußter Angestellter im Betriebsrat ist den Unternehmern ein Dorn im Auge und es erscheint ihnen als ein weit größeres Uebel, als die Tätigkeit der Arbeiter. Die Trennung der Arbeiter vom Angestellten ist noch immer das Ziel ihrer Wünsche und sie benutzen auch gegenwärtig wieder die Vorbereitungen zu den Betriebsrätewahlen, um auf diesem Gebiete Erfolge zu erzielen.

Es ist Pflicht der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten, sich ernsthaft zur Wehr zu setzen gegen diese mit jedem plumpen Schwindel arbeitende Propaganda. Die Betriebsrätewahlen müssen benutzt werden, um das Klassenbewußtsein der Angestellten von neuem zu stärken und ihre Solidarität mit den Arbeitern fester zu begründen. Stehen Arbeiter und Angestellte in einer Front, so ist die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit zwar nicht auf dem Boden eines nationalen Pflichtgefühls, aber durch die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ihrer Verwirklichung einen bedeutenden Schritt näher gerückt.

Die neue Schlichtungsordnung

Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr die Vorarbeiten für ein Gesetz über das Schlichtungsverfahren beendet und legt dem Reichstag einen Entwurf des neuen Schlichtungsgesetzes vor. Die aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen sowie dem Vorsitzenden bestehenden Schlichtungsausschüsse sind instanzmäßig geordnet, so daß über den Ortsentscheidungsämtern als nächst höhere Instanz das Landentscheidungsamt, über diesem das Reichsentscheidungsamt steht. Nach dem Gesetz soll kein Streik und keine Aussperrung zulässig sein, bevor nicht die Entscheidung des Einigungsamtes angefallen ist. Von Strafbestimmungen hat man aber auch in dieser Beziehung abgesehen, da man sich von ihnen keinerlei Wirkung verspricht, sondern nur eine Verschärfung der Konflikte erwartet. Im allgemeinen steht den beiden Parteien das Recht zu, den Schlichtungsanspruch anzunehmen oder abzulehnen, nur in gewissen gemeinnützigen Betrieben, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, zu denen in gewissen Zellen auch die Landwirtschaft gerechnet wird, kann der Schlichtungsanspruch als verbindlich erklärt werden. In diesem Falle sind dann besondere Sperr- und Sicherungsmaßnahmen gültig. Die Entscheidung über den Eintritt in den Streik oder die Aussperrung darf erst nach einer gewissen Zeit erfolgen und sie muß durch geheime Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit herbeigeführt werden. In Bezug auf die Verbindlichkeitsverpflichtung selber ist vorgesehen, daß nur die Schlichtungsbehörde selbst sie treffen kann, und zwar auf Grund eines mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschlusses. Dadurch ist die Gefahr beseitigt, daß etwa die Arbeitgeber zusammen mit dem Vorsitzenden gegen den Willen

der Arbeitnehmer einen Schlichtungsanspruch für verbindlich erklären können. Eine Berufung, also das Verlangen einer sachlichen Nachprüfung, gibt es im Schlichtungsverfahren nicht, sondern nur die Möglichkeit einer Revision. Die Frage, ob die Vorsitzenden, die überall leitend für die Einigungsämter eingesetzt werden, auch stimmberechtigt im Schlichtungsverfahren selbst sein sollen, wird durch die Gesetzgeber selbst entschieden.

Da das Gesetz von der Regierung bisher nur in großen Zügen der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, so ist eine eingehende Kritik zur Zeit noch nicht möglich. Sie wird sofort erfolgen, sobald das Gesetz im Wortlaut vorliegt.

Polen als Brücke für den deutsch-russischen Handel

DE. Wiga, 4. April.

Moskauer Blätter veröffentlichen eine Unterredung mit Joffe. Joffe wies dabei besonders auf die Bedeutung der für die russisch-polnische Beziehung Dombasls hin, daß Polen keine Barriere, sondern eine Brücke für den russisch-deutschen Handel bilden und sich in keiner Wirtschaftspolitik lediglich durch seine praktischen Interessen leiten lassen wolle. Joffe meint ferner, daß die wirtschaftliche Zwangslage Polen zwingen werde, seine aggressive Politik zu ändern. Polen hiete Rußland Erzeugnisse der Leder-, Textilindustrie und landwirtschaftliche Maschinen an, doch könne der Handel mit Polen Rußland nicht im entferntesten befriedigen; deshalb lege die Sowjetregierung besonderen Wert auf die Regelung des freien Warenverkehrs durch Polen und begrüße Dombasls Erklärungen.

In einem in der Petersburger „Krasnaja Gazeta“ veröffentlichten Aufsatz erklärt Joffe, daß der Hauptzweck des Friedensschlusses mit Polen nicht in der Ausschaltung der Kriegesgefahr liege, da ein Wiederausbruch des Krieges jenseits undenkbar sei. Sowjetrußland werde bestrebt sein, Polen als Vermittlungsland mit Deutschland auszugleichen. Polen würde an dem Transitverkehr gleichfalls verdienen. Rußland werde Obolenski (den polnischen Vorkämpfer der Rigaer Friedensdelegation), der die polnischen Verhältnisse gut kenne, als Sowjetvertreter nach Warschau entsenden.

Dennoch bleibt das Mißtrauen der Sowjetkreise gegen Polen rego, und die Moskauer „Jaweslja“ besprechen die Möglichkeit einer heimlichen Konzentrierung von interkontinentalen Elementen auf polnischem Territorium und äußern den Verdacht, daß ein aggressives Geheimabkommen zwischen Rumänien und Ungarn bestehe.

Verfassungsrevision in Holland

Die revolutionäre Welle, die nach Kriegsende Mittel- und Ost-europa überflutete und die Gestalt der Staaten veränderte, ist auch nicht ohne Rückwirkung auf die von der Revolution verschont gebliebenen Länder geblieben. Fast überall, so in Belgien, in Dänemark, teilweise auch in England, Italien und Spanien, sind tiefgreifende Verfassungsänderungen oder Verbreiterungen des Wahlrechts, besonders dessen Ausdehnung auf die Frauen, vor sich gegangen. Ein Beweis dafür, wie heilfam der revolutionäre Anstoß für die fortschrittliche Entwicklung aller Länder und Staaten ist.

So bereitet sich jetzt auch in Holland eine bedeutende Verfassungsrevision vor. Dort hat der Minister des Innern der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die Revision der Verfassung vorgelegt. In diesem wird vorgeschlagen: eine Erste Kammer, die von den Provinzialstaaten nach dem Grundsatze der Verhältniswahl gewählt wird, verfassungsmäßige Festlegung eines allgemeinen Frauenwahlrechts für die Zweite Kammer, Abänderung der Zuständigkeit der Gemeindeverträge, die Möglichkeit der Einsetzung öffentlich-rechtlicher Körperschaften außer den verfassungsmäßig bereits bestehenden, Einführung der Geschworenen in der Rechtsprechung und Einführung der Bestimmung, wonach die Schlichtung oder Kündigung aller Verträge (Traktate) von der Volksvertretung gutgeheißen werden muß.

Die geplante Verfassungsänderung ergreift auch die Thronfolge und steht bei Ermangelung eines rechtmäßigen Thronfolgers die Königswahl vor. Sollte dabei die Aufrechterhaltung der Monarchie unmöglich erscheinen, so muß eine Revision der Verfassung vorgenommen werden. Des Weiteren wird die vorherige Zustimmung der Generalstaaten für jede Kriegserklärung gefordert. Ferner wird Volksabstimmung vorgeschlagen für alle Entwürfe zur Aenderung der Verfassung.

Aus der australischen Arbeiterbewegung

Aus Sidney wird geschrieben: Die Jahreskonferenz der australischen Arbeiterpartei, die Ende März hier stattfand, sollte im wesentlichen der Beratung des Bildungsprogrammes der Partei dienen. Die Partei verlangt im Sinne ihres Programms von der neu-südwaller Arbeiterregierung eine konsequenter Schulpolitik, als die Regierung sie bisher geübt hat.

Das schulpflichtige Alter soll bis 16 Jahre ausgedehnt werden. Jeder Schulanfänger, ganz gleich ob Knabe oder Mädchen, soll gehalten werden, ein Handwerk zu erlernen, Lehrlinge für Knaben und Mädchen und Fortbildungskurse für Lehrlinge und Erwachsene sollen eingerichtet werden. Die durch die kurze verlorene Zeit der Lehrjahre soll von den Unternehmern bezahlt werden. Außer diesen Forderungen verlangt die Arbeiterpartei noch die Kontrolle des gesamten staatlichen Bildungsapparates durch eine von ihr gewählte Kommission. Dargestellt soll die „Demokratisierung“ der Universitäten erreicht werden d. h. der Besuch von Hochschulen soll fernerhin nicht mehr vom väterlichen Vermögen abhängen, sondern dem Sohne des Handarbeiters ebenso wie dem des Reichen offen stehen.

Verherrlichung des Krieges und Militarismus soll unbedingt als Unterrichtsgegenstand verschwinden, statt dessen soll Friedensgenossenschaft als wahrer Patriotismus gekennzeichnet werden und ökonomische Fächer in den Vordergrund treten.

Waisen, illegitime Kinder und jugendliche Verbrecher sollen eine besonders sorgfältige, dem übrigen Schulwesen ebenbürtige Erziehung genießen, für ihre Behaltung und Ernährung in großzügiger Weise gesorgt werden.

Die Bewegung für die Demokratisierung des Schulwesens ist sehr umfangreich.

Balserexplosion bei Magdeburg. In einer Pulver- und Munitionsfabrik in Burg bei Magdeburg entstand gestern ein großer Brand, der in späten Abendstunden noch nicht gelöscht war. Durch den Brand explodierten zahlreiche Granaten. Bisher wurden drei Tote festgestellt. In das städtische Krankenhaus wurden vier Schwerverletzte eingeliefert. Doch wird die Zahl der Toten und Verletzten weit höher geschätzt.

Rund 3 Millionen Einwohner in Paris. Bekanntlich hat am 6. März eine Volkszählung in Frankreich stattgefunden. Wenn auch die endgültigen amtlichen Ziffern noch nicht vorliegen, so sind doch einzelne Blätter bereits in der Lage, insbesondere für Paris auf amtlichen Quellen beruhende Schätzungen niederzugeben, die offenbar den Endziffern sehr nahekommen. Danach wird die derzeitige Bevölkerung von Paris auf 2.880.000 Einwohner anzunehmen sein, was gegenüber der letzten Zählung von 1911 einen Bevölkerungszuwachs von nur 40.000 Personen bedeuten würde.

Die Neuwahlen in Italien. Das Königliche Dekret betr. Auflösung der Kammer, wird am 7. April unterzeichnet werden. Die Neuwahlen sollen am 16. Mai stattfinden.

Am den 6-Uhr-Vadenschluß

Veratungen der Stadtverordnetenversammlung

Auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung standen nur Anträge, darunter solche, die seit Monaten die Tagesordnung klären und nie zur Verhandlung gekommen sind. Ein Teil von ihnen wurde gestern erledigt.

Die Anträge, die sich mit der Entschädigung der Besitzer an den Gewerke- und Kaufmannsgewerkschaften, worden dem Ausschuss überwiesen, der sich zur Zeit mit der Entschädigung der Besitzer an Mierseingangsämtern befaßt.

Ein Antrag der Kommunisten fordert die Abstimmung über den Antrag vom 20. Dezember 1920 auf Rücknahme der Magistratsverfassung, die den Gemeinben die bisher unangenehmliche Verteilung von Vermitteln an Schulkinder verbietet, zu wiederholen. Diese Abstimmung habe kein etwaiges Resultat gezeitigt. Der Antrag wird von Geh (U. S. P. D.) begründet. Der Verhandlung schloß sich eine eingehende Aussprache an. Die Bürgerlichen führten alle möglichen Gründe gegen den Antrag ins Feld. Die Vertreter der Linken, besonders Genosse Dr. Dönnlein, traten den Ausführungen der Bürgerlichen entgegen. — Der Antrag geht schließlich an einen Ausschuss.

Der nächste Antrag auf Protest gegen die Erhöhung der Getreidepreise wird im Namen der Antragsteller von Dr. Herz zurückgezogen, da Magistrat und Stadtrat dem darin ausgedrückten Verlangen, bei der Reichsregierung Besonnenes vorzulegen zu werden, bereits entsprochen hätten. Im Interesse der Förderung der Geschäfte sehe deshalb die U. S. P. D. von der Erörterung des Antrages ab, behalte sich aber die erneute Einbringung vor, falls die Umstände es erfordern sollten.

Ein Antrag der Demokraten, der eine Sicherstellung der ordnungsmäßigen Führung der städtischen Werkverwaltungen anzuordnen vorgibt, wurde, nachdem sich u. a. Gen. Deitmer gegen den Antrag gewendet hatte, abgelehnt.

Zur Verhandlung gelangt nunmehr ein Antrag der Unabhängigen Fraktion, der den Magistrat ersucht, die einleitenden Schritte zur Herbeiführung des

6-Uhr-Vadenschlusses

für die Stadtgemeinde Berlin mit unilichster Beschleunigung herbeizuführen. In der Begründung des Antrages führte Genosse Brunow u. a. aus: Es kann keine Rede davon sein, daß der Antrag aus agitatorischen Gründen eingebracht ist. Seit Jahrzehnten sehen sich die gewerkschaftlichen Organisationen der Angestelltenchaft für die Einführung eines früheren Vadenschlusses ein. Große Bevölkerungskreise erhalten durch Einführung des 6-Uhr-Vadenschlusses Zeit zur Erholung und Weiterbildung. Fest steht, daß auch eine große Anzahl von Spezialgeschäften einen früheren Vadenschluß begrüßen. Der Einwand der Warenhausbesitzer, daß in der Zeit gegen 6 Uhr sich das Hauptgeschäft abwickelt, läßt außer acht, daß dies nur deshalb der Fall ist, weil die Geschäfte erst um 7 Uhr geschlossen werden. Die Drohung, daß bei Verwirklichung des Antrages Personal entlassen werden müßte, muß als Bluff bewertet werden. Jeder, der es mit der Arbeiterschaft ernst meint, muß diesem Antrag zustimmen.

Den Ausführungen unseres Genossen schloß sich eine ausgedehnte Debatte an. Die Bürgerlichen wandten sich mit den seit Jahrzehnten immer wieder vorgebrachten Gründen, die ihn stets als irrig erwiesen hatten, gegen den Antrag, jedoch ohne Erfolg. Der Antrag wurde von der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit angenommen.

Sehr lebhaft gestalteten sich die Beratungen, als ein Antrag Gabel zur Beratung kam, der schnellstens eine Abänderung der Namen solcher Straßen und Plätze forderte, die an das alte monarchistische Preußen, Deutschland erinnern. Auch Straßennamen, die im neuen Groß-Berlin mehrere Male vorhanden sind, sollen umgeändert werden. Die Rechte der Stadtverordnetenversammlung, die den Redner bereits mit großem Gefächter empfangen hatte, nahm bei der Besprechung des Antrages die Gelegenheit wahr, das alte Regime zu dergöttern und die Hohenzollern als das Geschlecht hinzustellen, dem einzig und allein Berlin seine Bedeutung und Größe zu verdanken habe. Im Gegensatz zu der weitsehenden und nichtfolgenden Begründung durch Gabel, verstand es Genosse Jehn, in sachlicher Form zu beweisen, daß wir gar keinen Grund haben, mit Stolz an die Zeiten der Hohenzollern zurückzudenken. Die Umwandlung des Jahres 1918 müsse auch in Neuerscheinungen ihren Ausdruck finden. Jedes andere Volk der Erde habe mit einer ganzen Reihe von Denkmälern, wie sie noch in Deutschland vorhanden sind, aufgeräumt. Unser Fraktionsredner beantragte, den Antrag einem Ausschuss zu überweisen. Der Rechtskommissar Franz trat ebenfalls für Ausschlußberatung ein. — Der Antrag auf Ausschlußberatung fand dann auch eine knappe Mehrheit. Schluß 9.15 Uhr.

Parteiliteratur

Die „Kämpferin“

Die neue Nummer der „Kämpferin“, der Frauenzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, ist trocken erschienen. Sie enthält folgende Beiträge: Der Anfang von Wien, U. Beschlüsse der Wiener Konferenz. — Parteilarbeit der Genossinnen in Österreich. — Wer unter Euch ist ohne Feind? — Die Neue. — Frauen als Richter. — Amerikanische Mißstände. — Denunziantentendenz. (Gedicht). — Wäckerle. — Kinderbelle: Neues Leben. (Gedicht). — Unfried und seine Geleiten. — Das Göttliche. (Gedicht). — Die singenden Hader. — Frühlingstraube. Frühzeitiger Frühling. Kind und Mädchen. (Gedicht). — Eisenrassel. — Die „Kämpferin“ erscheint monatlich zweimal und kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M., als Kreuzbandbindung 4 M. Einzelnummer 50 Pfg.

Ausgeschlossen!

Sauptredaktion der „Freiheit“

an die

Druckfacke

Berlin 62
Breite Straße 8-9



Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

In Anbetracht der innerpolitischen Verhältnisse macht sich eine allgemeine Funktiorikonferenz für Berlin-Brandenburg notwendig. Dieselbe findet statt am Donnerstags, den 7. April, abends 6 1/2 Uhr, in den Prachtgalerien des Hotels, Frankfurter Allee 48, mit der Tagesordnung:

„Die innerpolitischen Vorgänge und die Lehren der kommunistischen Parteifaktik.“ Anschließend Diskussion.

Wir erlauben alle Leiter der Distrikte und Ortsgruppen, den in Frage kommenden Funktionären gekempelte und unterbreitete Anträge für diese Funktiorikonferenz auszustellen. Ohne Ausweis und Mitgliedskarte kein Zutritt.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Eine duftende deutschvölkische Blüte

In dem „Spandauer Tageblatt“, einem „amtlichen“ Organ deutschvölkischer Färbung, findet sich folgende Schilderung:

Palästina in Spandau. Das Warenhaus Hirsch veranstaltete in den Konfordinälen ein Frühlingsfest. Einige unserer Leser hatten Gelegenheit, das Treiben bei diesem Fest zu beobachten. Erbittert teilen sie uns das Gesehene mit, wie betrunkene Juden, halbwüchsige Bengels und ältere Lebemannner, dort deutsche Mädchen als Dirnen benutzten. In Spandau hat jene armen Mädchen, die kein Tüpfelchen Ehr- und Schamgefühl mehr besitzen, daß sie um eines aus der Priesterliche schauenden Tausenders willen ihren Leib jenen zum Opfer bringen. Aber regt sich in euch deutschen Männern nicht schon ob dieser kleinen Andeutungen — man kann ja selber Gottes bei der heutigen Presse, „Freiheit“ nicht alles sagen, obendrein sträubt sich die Feder eines deutschen Mannes, jenes wiederzugeben — regt sich in euch nichts? Rüttelt euch das nicht auf aus eurem Laumel, wollt ihr eure Töchter, eure Schwestern weiter von Juden zu Huren machen lassen? Auf, erhebt euch gegen diese Schmach, die um nichts geringere ist als die schwarze Schmach am Rhein. Kein Jude hat das Recht, ein deutsches Mädchen auch nur anzurühren, geschweige denn... Denkt an „Die Sünde wider das Blut“.

(Gemeint ist das Buch von Dr. Dinter gleichen Titels. Die Redaktion.)

Wir können zu dieser antisemitischen Schmiererei, die natürlich eine ganz unwahre Schilderung ist, mitteilen, daß gegen den Verfasser Strafantrag gestellt werden wird.

Die hiesige Entrüstung spricht bei diesen deutschvölkischen Leuten daraus, daß sie den Umgang der „Fremdstämmigen“ mit den deutschen Mädchen so verwerflich finden. Dieselben Leute finden es aber ganz in der Ordnung, was sich deutsche Offiziere, die doch sicher noch als „gebildeter“ gelten wollen als Juden, gegenüber den französischen Mädchen während des Krieges erlaubt haben; wenigstens hat man noch nie Entrüstungsartikel in der deutschvölkischen Presse darüber gefunden.

Ebenso bemerkenswert ist der Umstand, daß sich die deutschvölkische Presse nicht darüber aufregt, wenn ihre reinen „deutschen Männer“ deutsche Jungfrauen mißbrauchen; man erinnere sich doch nur der bekannten Statistik, nach der Studenten und Offiziere, also die „Blüte der Nation“, den größten Prozentsatz der Geschlechtskranken bildeten in Berlin, Göttingen und anderen Städten!

Die deutschvölkische Propaganda, die als politisches Ziel die Wiederaufrichtung der Monarchie aufstellt, wird immer lebendiger. Leider beweisen verschiedene Wahlergebnisse, z. B. das Stimmverhältnis bei der letzten Landtagswahl in Sachsen, daß die nationalen Kandidaten auch aus Arbeiterbevölkerung Stimmenzuwachs verzeichnen konnten!

Von der nationalsozialistischen Bewegung trennt die Arbeiterschaft eine Welt; die Erfahrung des Krieges, das entgegengesetzte politische Ziel, der entgegengesetzte wirtschaftliche Kampf. Aber auch aus menschlichem Reizlichkeitsempfinden dürfte sich kein Arbeiter dazu verleiten lassen, mit dieser schmutzigen Bewegung auch nur in Verbindung zu kommen!

Die deutschvölkische Bewegung zeichnet sich ferner durch einen entsehlischen Ungeist aus; mit einigen nationalen Phrasen werden

die Anhänger benebelt und benebelt sich selbst. Das kommt auch in ihrer Presse zum Ausdruck; und doch — wie viele Arbeiterfamilien bieten in ihrem Hause solchen schwierigen Organen Raum? Daher ist es auch der Kampf um die geistige Befreiung, der die Arbeiterschaft zum entscheidenden Gegner der deutschvölkischen Bewegung macht!

Die Erhebung der Einkommensteuer 1921

Die am 1. April ausgegebene Nummer 15 des „Zentralblattes für das Deutsche Reich“ bringt die Bekanntmachung, betreffend Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1921. Danach erhalten die Abzüge 1 und 2 des § 1 der Bestimmungen vom 28. Juli 1920 mit Wirkung vom 1. April ab folgende Fassung:

Jeder Arbeitgeber hat den ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Betrages einzubehalten, um den der auszuzahlende Arbeitslohn

- a) im Falle der Berechnung des Lohnes nach Tagen 4 M. für den Tag,
b) bei Wochenlohn 24 M. für die Woche,
c) bei Monatslohn 100 M. für den Monat übersteigt.

Der gleiche Betrag ist abzugsmäßig zu belassen für die zur Haushaltung zählende Ehefrau und das Arbeitnehmer.

Der dem Steuerabzug nicht unterworfenen Teil des Arbeitslohnes erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind

- a) bei Tagelohn um 6 M. für den Tag,
b) bei Wochenlohn 36 M. für die Woche,
c) bei Monatslohn um 150 M. für den Monat.

Fortan sind also ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohnes jeweils nur 10 v. H. von dem dem Abzug unterliegenden Arbeitslohn einzubehalten.

Die Volksschule in Lichtenrade wird vereinigt

Gegen die deutschnationalen „Amto“blätter.

Wir hatten kürzlich in der „Freiheit“ einen Artikel des Bezirkslehrervereins über die unglaublichen Raumnöte veröffentlichen, unter denen die Lichtenrader Volksschule zu leiden hat. Während die höheren Schulen, die zum großen Teil nicht einmal von Kindern der Einwohner Lichtenrades besucht werden, sorgfältig in einem Gebäude untergebracht sind, befindet sich die Volksschule — es handelt sich ja nur um Arbeiterkinder! — in verschiedenen, ganz entfernten Gebäuden.

Die Bezirksversammlung des 13. Verwaltungsbezirks (Tempelhof-Mariendorf) beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung in stundenlangen Erörterungen mit den Raumnöten der Volksschule in Lichtenrade, die in mehreren Gebäuden untergebracht ist, während das ursprünglich nur für sie bestimmte Schulgebäude auch vom Lyzeum benutzt wird. (!) Es wurde schließlich ein Antrag des mit der Prüfung der Angelegenheit betrauten Ausschusses angenommen, worin der Weiterbau des Schulgebäudes verlangt wird, der vor allem der Gemeindefschule die dringend notwendige Zusammenlegung bringt. Die Lichtenrader Volksschule soll dann am 1. Oktober d. Js. völlig ungetrennt untergebracht werden.

Aus der gleichen Sitzung ist noch ein anderer Vorfall bemerkenswert. Das Bezirksamt und die (allerdings knappe) sozialistische Mehrheit beschlossen gegen den Widerstand der bürgerlichen Fraktion, künftig alle amtlichen Bekanntmachungen nicht mehr durch die Ortspresse, sondern lediglich durch Aushang und im Gemeindefblatt der Stadt Berlin zu veröffentlichen. Eine bürgerliche Korrespondenz, die darüber berichtet, ist sehr wütend. Sie schreibt:

„Von bürgerlicher Seite wurde das als ein Rückschritt und eine Krähwinkelerei (?) ohnegleichen bezeichnet. Der wahre Grund kam in der Aussprache zutage: der roten Mehrheit ist die Ortspresse zu „bürgerlich“; am liebsten möchte man die „rote Fahne“ und die „Freiheit“ zu Veröffentlichungsorganen des Bezirksamts bestimmen.“ (!)

Dieser Beschluß des Bezirksamts und der Bezirksversammlung ist sehr zu begrüßen und ist vor allem nachahmenswert. Die Amtoblätter haben weite Kreise geradezu politisch vergiftet durch ihre „amtliche“ nationalsozialistische Beeinflussung; an keine Nachstellung klammern sich die bürgerlichen Verwaltungsorgane so sehr

als an die Amtoblätter. Die Bevölkerung ist gezwungen, wegen der Bekanntmachungen diese Presse zu lesen, und so läßt das Bürgertum auf amtlische Wege eine unerträgliche politische Bevormundung aus. Um so energischer müssen die sozialistischen Gemeindefreier durch derartige Beschlüsse den Einfluß der Amtoblätter zu brechen suchen, damit wird ein wesentlicher Schritt auch zur geistigen Befreiung der arbeitenden Bevölkerung getan, wenn dieses Hindernis für die Ausbreitung der sozialistischen Presse beseitigt wird!

Aufklärung des großen Kunstdiebstahls am Jagowplatz

Der große Kunstdiebstahl am Jagowplatz Nr. 11, wo dem Kunsthändler Weltmann in der Nacht vom 1. zum 2. v. M. Kunstgegenstände verschiedenster Art im Werte von einer viertel Million Mark gestohlen wurden, hat nun seine Aufklärung gefunden. Die jetzt verhafteten Einbrecher wußten sich, da ihnen ein anderer Abgang ihrer reichen Beute unmöglich gemacht worden war, nicht anders zu helfen, als dem Bestohlenen seine Sachen zum Rückkauf anzubieten.

Gleich nach Bekanntwerden des großen Einbruchs ließ der Kommissar alle einschlägigen Geschäfte, die für einen Ankauf der Kunstgegenstände kommen konnten, und auch Privatjäger und Kunstliebhaber von dem Diebstahl unterrichten und gab ihnen ein Verzeichnis der zum Teil sehr markanten Stücke. Niemand aber tauchte zunächst auch nur ein Stück auf, bis vor einigen Tagen ein Kaufmann Leopold Rosenblum einem hiesigen Sachverständigen ein Gemälde zur Abschätzung seines Wertes vorlegte. Der Taxator erkannte in dem Bilde sofort ein bei Weltmann gestohlenen Stück wieder und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Diese fand so die erste Spur und nahm den jungen Mann in ein eingehendes Verhör. Er wollte zunächst über die Herkunft des Bildes nichts wissen, gab aber schließlich an, daß er es von einem gewissen Schulz in der Bräudenallee 13 zum Verkauf erhalten habe.

Dieser Schulz war, wie sich später herausstellte, einer der Diebe, und er hatte mit seinem Spießgesellen beobachtet, wie Rosenblum in die Hände der Kriminalpolizei gekommen war. Sie griffen nun zu einem ganz dreisten Trick. Sie riefen den bestohlenen Kunsthändler an und fragten ihn, ob er die ihm gestohlenen Kunstschätze zurückkaufen wolle. Sie bedeuteten ihm zugleich, daß er es auf alle Fälle unterlassen solle, die Kriminalpolizei zu benachrichtigen, da sonst alle Sachen verschwinden würden. Um dies zu verhindern, sagte der Bestohlene zu. Er erhielt darauf zur Antwort, daß innerhalb der nächsten acht Tage jemand die Sachen mit ihm in Verbindung treten würde. Über noch am selben Tage, als der Kunsthändler durch die wenig beliebte Jagowstraße ging, machte er die Bekanntheit eines Mannes, der auf ihn zutrat und ihn auf das Telefongespräch aufmerksam machte. Der Kunsthändler folgte dem rätselhaften Mann und wurde von diesem in ein Haus geführt, in dem er einen großen Teil der bei ihm gestohlenen Sachen vorfand. Gegen Zahlung von 5000 M. gingen diese in seinen Besitz zurück.

Die Einbrecher hatten es mit der Posschlagung der Sachen so eilig gehabt, weil sie nach der am gleichen Tage erfolgten Verhaftung des Rosenblum damit rechneten, daß die Kriminalpolizei ihnen bald auf die Spur kommen könnte. Diese stellte auch noch am selben Tage fest, daß der gewisse Schulz in der Bräudenallee 13 ein Schlosser Richard Schulz und kein Spießgeselle sein anderer als der 38 Jahre alte aus Magdeburg gebürtige Maler Richard Bennewitz war, der sich im Jahre 1911 als Messerstecher und Bauhausführer betätigt hat. Bennewitz wurde, als es damals endlich gelang, seiner habhaft zu werden, zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, nach deren Verbüßung er neue Straftaten beging, für die er aufs neue verurteilt wurde. Am 28. November 1919 aber gelang es ihm, mit anderen Gefangenen zu entweichen und seitdem hielt er sich hier verborgen. Beide, die den Einbruch gemeinsam ausgeführt hatten, sowie die Frau des Schulz wurden festgenommen, und die anderen gestohlenen Sachen bei ihnen beschlagnahmt. Die von dem Bestohlenen erprekten 5000 M. hatten sie benutzt, um sich neu einzukleiden. Die Sachen und der Rest des Geldes konnten ihnen aber abgenommen und dem Kunsthändler zurückgegeben werden, da die Festnahme gleich am nächsten Morgen erfolgen konnte.

Schiebungen eines Molkeereidirektors

Vom Verein gegen das Bestechungswesen E. W. Charlottenburg, wird uns geschrieben: Die Strafkammer Bauen verhandelte am 2. April gegen den Molkeereidirektor Rudolf Schänemann, der seit 20 Jahren die Genossenschaftsmolkerei in Pöbber in Sachsen leitete. Als einfacher Mann kam der Angeklagte aus Mecklenburg. Im August vorigen Jahres wurde er bei der Verschlebung von Butter erwischt und verhaftet. Es wurde ein Vermögen von nahezu 1 Million Mark bei ihm

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermiona zur Mäbber Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Göteborg 1921

(20. Fortsetzung) (Wohlstand verboten) Peter sagte, vielleicht sei das Ganze gar nicht so ernst. Er habe sich alles überlegt, wisse, wo Pericles Priam, sein einflüger Herr, wohne, glaube bestimmt, dieser würde ihm zweihundert Dollars leihen, und dann könne Jennie zu einem Arzt gehen, der ihr — der ihr aus der schweren Lage helfen würde.

Die kleine Jennie unterbrach ihn; trotz ihrer Kindlichkeit war sie dennoch in gewisser Beziehung eine reife Frau. Sie hatte bestimmte Ansichten, stieß man gegen diese, so war es, als stöße man gegen eine Steinmauer. Sie wollte von Peters Plan nichts wissen, dies wäre Mord, meinte sie.

„Unsinn!“ rief Peter, Mc. Givney nachsprechend. „Das ist gar nichts, alle tun es.“ Aber Jennie hörte ihm gar nicht zu. Sie sah, mit wilden, entsehten Augen vor sich hinstarrend, zupfte ruhelos an ihrem Kleid. Peter beobachtete ihre Finger, die stete Erregung ging ihm auf die Ketten.

„Wenn du es nur nicht gar so ernst nehmen wolltest“, bat er. „Es ist ein unglückseliger Zufall, wir müssen uns zu helfen versuchen. Eines Tages werde ich frei sein und dich heiraten.“

„Schweig, Peter“, flüsterte das Mädchen mit geprehter Stimme. „Wenn du mir sonst nichts zu sagen hast, so will ich dich nicht anhören. Ich weiß nicht einmal, ob ich dich noch heiraten möchte, jetzt, da ich weiß, wie du mich betrügen konntest, mich monatelang, Tag für Tag betrügen konntest.“

Peter fürchtete, sie werde abermals hysterisch werden. Er versuchte, sie zu beruhigen. Plötzlich schellte sie auf. „Geh jetzt und laß mich allein. Ich werde alles überlegen, einen Entschluß fassen. Auf keinen Fall werde ich dich kompromittieren; aber geh, laß mich allein, geh gleich.“

26.

Sie trieb ihn aus dem Haus, und Peter begab sich, von Sorgen gequält, auf die Straße. Er wanderte ziellos umher, wußte nicht, was tun, folterte sich mit den schrecklichsten aller Gedanken: wie anders wäre mein Leben, hätte ich dies getan, jenes unterlassen. Dann ging er in ein Restaurant und

leistete sich ein gutes Mahl. Aber selbst dies vermochte ihn nicht zu trösten. Er malte sich aus, wie Sadie eben heimkommt, wird Jennie es ihr sagen oder nicht?

In diesem Abend fand eine große Versammlung des Goover-Verteidigungskomitees statt; Peter ging hin, und er hätte nichts Anderes tun können. Sein Geist war nicht in der Verfassung, die wilden Leidenschaften der Menge zu ertragen. Ihm war, er müsse jeden Augenblick entführt, angeklagt werden, — was dann geschehen würde, wußte er nicht. Tausende von Arbeitern umgaben ihn, hartnäckige Schmiede, riesenhafte Hafenarbeiter mit ungeheuren Schuftern, Eisenbahner mit Häuten wie Mauerbrecher, langhaarige Radvale in hundertsachen gefährlichen Abarten, Frauen, die kreischten und rote Taschentücher schwenkten.

Wilde Mut war durch den Goover-Prozess aufgepeitscht worden, und Peter wußte genau, daß er für diese Leute ein Verräter, ein Giftwurm, eine Schlange war. Entdeckten sie, was er getan — und konnte sich nicht jeden Augenblick einer erheben und ihn entführen? — so würden sie ihn in Stücke zerreißten. Vielleicht bekennet Jennie in diesem Augenblick Sadie alles, und Sadie teilt es Andrews mit, der vielleicht Verdacht schöpft und Peter Spione nachhekt! Vielleicht beobachtet ihn jetzt schon Spione, haben sein Zusammentreffen mit Mc. Givney belauscht!

Von solchen Ängsten verzehrt, mußte Peter langen Reden lauschen, mußte hören, wie Guffens Kniffe enthüllt, wie der Staatsanwalt als Meineidiger, seine Agenten als Fälscher und Erpreßer hingestellt wurden. Peter begriff nicht, wie derartige Reden gestattet werden konnten, weshalb diese Leute nicht alle ins Gefängnis kamen. Und nun mußte er zuhören, Beifall klatschen. Und auch alle anderen anwesenden Geheimagenten des Trusts mußten zuhören und Beifall klatschen. Peter trat Miriam Jankowitsch; sie setzte sich neben ihn und sagte: „Schauen Sie, dort drüben sind zwei Spigel, schauen Sie sich die Gesichter an.“

„Welche?“ fragte Peter. „Der eine Kerl, der wie ein Boyer aussieht, und der andere neben ihm mit dem Rattengesicht.“ Peter blickte auf und erkannte Mc. Givney; dieser schaute Peter an, verriet aber nicht, daß er ihn kenne.

Die Versammlung währte bis Mitternacht. Es wurden eintausend Dollars zusammengebracht und Resolutionsen gefaßt, die an jede Gewerkschaft im Lande gesandt werden sollten. Peter verließ den Saal früher als die anderen; er ertrug die Angst und Spannung nicht länger. Während er

sich durch die Menge drängte, stieß er mit Pat Mc. Cormick, dem Führer der J. W. W., zusammen. Des jungen Mannes grimmiges Gesicht zeigte große Erregung. Peter schrie dies den Reden zu, doch trat der andere an ihn heran, fragte:

„Haben Sie es schon gehört?“

„Was denn?“

„Die kleine Jennie Todd hat sich umgebracht.“

„Mein Gott!“ rief Peter, verstört um sich blickend.

„Da Ruth hat es mir mitgeteilt. Sadie fand, da sie heimkehrte, einen Brief. Jennie war fortgegangen — um sich zu ertränken.“

„Über warum, weshalb?“ fragte Peter entseht.

„Sie war unheilbar krank, litt sehr, hat Sadie, nicht nach der Leiche suchen zu lassen, kein Aufsehen zu machen — man würde sie nie finden.“

Trotz allem Entsetzen, das Peter durchdrang, empfand er dennoch in seinem Inneren ein Gefühl der Erleichterung. Die kleine Jennie hat ihr Versprechen gehalten. Peter ist gerettet!

27.

Ja, Peter war gerettet, doch war die Gefahr eine große gewesen, und auch jetzt hatten seiner noch peinliche Szenen. Er mußte in das Heim der Todds zurückkehren, mußte mit der verzweifeltsten Sadie zusammentreffen, mit den anderen weinen und erschüttert sein. Hätte er dies nicht getan, es würde Verdacht erregt und die Genossen würden es ihm nie verzeihen haben. Zu seinem Schrecken bemerkte er gar bald, daß Sadie den Grund von Jennies Selbstmord ahne. Sie fragte Peter an, forsichte ihn aus. Der arme Peter bezeugte heftig seine Unschuld, wünschte, die Erde möchte sich aufstun und ihn verschlingen.

Während er sich rechtfertigte, kam ihm ein guter Gedanke. Er senkte die Stimme, als schäme er sich, berichtigte dann, ein Mann, ein junger Mann pflegte Jennie zu besuchen, und Jennie haben ihn gebeten, nichts davon zu sagen. Peter schwieg einen Augenblick, dann kam der Reiferung. „Jennie erklärte mir, sie glaube an die freie Liebe, sei selbst eine „Freie Liebende“. Ich bin dagegen, aber Sie wissen ja, Sadie, wenn Jennie einmal an etwas glaubte, so war sie davon nicht abzubringen. Ich wußte, es würde nichts nützen, wenn ich ihr abzureden trachtete.“

Sadie schien schier den Verstand zu verlieren. Wütend starrte sie Peter an. „Verleumdung! Teufel! Wer war der Mann?“

(Fortsetzung folgt.)

norgefunden. Die Hauptverhandlung ergab, daß der Angeklagte in den letzten vier Jahren in größtem Umfang Kollektivprodukte veräußert, unterschlagen und verpackt hat. Ferner gab er die nichtrationierten Produkte, insbesondere Quarz für die Kollektivfabrikation, nur gegen 100 Prozenti Bestehungsgeleider an die Kunden der Molkerei ab. Diefelbe hatte der Verein gegen das Bestehungs-unwesen. Sie Berlin, Strafantrag gestellt und sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Der Angeklagte behauptete, daß die Annahme von Schmiergeldern bei den Molkereien üblich sei, und bezog sich auf zahlreiche Inzertate in der Molkerei-Zeitung.

Das Gericht verurteilte Schünemann wegen Nahrungsmittel-fälschung, Unterschlagung, passiver Bestehung und Preiswuchers zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis und 80 000 M. Geldstrafe und erkannte auf Einziehung von 105 000 M. Bestehungsgeleider und Veröffentlichung des Urteils in der Molkerei-Zeitung. Der mitangeklagte Quarzhändler Kurt Kinner in Dresden wurde wegen Schleichhandels und aktiver Bestehung zu sechs Wochen Gefängnis und 22 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Es nützt das Wirken des Vereins gegen das Bestehungs-unwesen zweifellos ist, so wird doch keine Arbeit keinen endgültigen Erfolg haben können. Der leitende Gedanke der heutigen Wirtschaft ist das strapalose Streben nach Profit, und solange das nicht im Prinzip geändert ist, bleibt auch der ständige Anreiz für das Bestehungsunwesen. Deshalb muß, will man alle Einzelerfahrungen des heutigen Systems ausmerzen, der Kampf gegen die Gesamtsünden, nämlich die kapitalistische Wirtschaft geführt werden!

Aufruf

an die Angehörigen der in französischer Kriegsgefangenschaft zurückgebliebenen deutschen Kriegsteilnehmer.

Der Internationale Bund der Kriegsoffer (Deutsche Sektion) fordert ferner in einem Aufruf die französischen, englischen und italienischen Kriegsteilnehmer auf, ihren Einfluß geltend zu machen für die Freilassung der in Frankreich wegen begangener Straftaten zurückgebliebenen deutschen Kriegsteilnehmer. Die italienischen und französischen Bruderorganisationen sind dieser Aufforderung nachgekommen und haben unseren Aufruf in ihrer Presse veröffentlicht. Um weitere Schritte unternehmen zu können, forderten sie von uns Namen, Adressen und weiteres Material über die zurückgebliebenen Gefangenen. Deshalb fordern wir alle Angehörigen dieser Kriegsgefangenen auf, uns umgehend alle zweckdienlichen Mitteilungen zugehen zu lassen.

Die deutsche Presse wird um Abdruck dieses Aufrufes ersucht. Internationaler Bund der Kriegsoffer. Geschäftsstelle Berlin, Brückenstr. 8a.

Presse-Kommission. Heute Sitzung, pünktlich 6 1/2 Uhr, Breite Str. 89. Kein Vertreter darf in dieser wichtigen Sitzung fehlen.

Die Wahl Dr. Kardings bestätigt. Die Wahl des Hensburger Stadtrats Dr. Karding zum Stadtkämmerer der Stadt Berlin ist vom Oberpräsidenten bestätigt worden. Die Einführung des Gewählten in sein neues Amt kann jedoch erst nach seiner Ueberführung nach Berlin vorgenommen werden.

Wegen des Begräbnisses des Obermarchanten Solt wird der Betrieb der Straßenbahn am Mittwoch beträchtlich eingeschränkt. Folgende Linien verkehren nicht: 1, 17, 24, 27, 40, 44, 45, 53, 67, 68, 77, 85, 88, 92, 96, 98, 162, E, T und Linie 10 der vor-maligen Köpenicker Straßenbahn.

Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. Freitag, 7 Uhr, Breite Str. 8a. Erscheinen sämtlicher Stadt-, Bezirksverordneten, Elternbeträge und kommunalen Kommissionen unbedingt erforderlich.

8. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Freitag, den 8. April, abends 7 Uhr, Fraktionsstunde im Saal 4 des Stadthauses, Kaiserallee, Ecke Schaperstraße. Die Mitglieder der kommunalen Kommission werden gebeten, ebenfalls zu erscheinen.

17. Verwaltungsbezirk. Freitag, den 8. April, abends 5 Uhr, pünktlich, Fraktionsstunde im Lichterberger Rathaus, Zimmer 25. Pöschel'sches Erscheinen der Bezirksamtsmitglieder, der Bezirksverordneten und der kommunalen Kommission unbedingt erforderlich.

Die geteilte Drillinggeburt. Das statistische Amt der Stadt Berlin verstand kürzlich die Nachricht daß eine Berliner Wöchnerin sieben Wochen, nachdem sie Zwillinge geboren hatte, gar einem zugehörigen Drilling das Leben geschenkt hätte. Wirklich sieben Wochen später. Die (von uns nicht übernommene) Nachricht kam einen Tag nach dem 1. April. Die weltumstürzende Nachricht hatte die Folge, daß eine hitzige Zeitung die medizinische Wahrscheinlichkeit der Sache durch ihren Schamtitel nicht erhärtet läßt. Die ganze Nachricht ist aber selber nicht wahr. Denn wie Professor Dr. Silbergleit, der Direktor des statistischen Bureaus der Stadt Berlin, das die geteilte Drillinggeburt schon registriert hatte, uns mitteilt, beruht die ihm zugegangene Meldung, wie sich erst heute herausgestellt hat, auf falschen Angaben.

Der Popanz Max Hölz. Der „Lokalanzeiger“ weiß zu berichten: Die umfangreiche Suche nach dem kommunalen Popanz Hölz ist vergeblich gewesen. Es muß damit gerechnet werden, daß Hölz, wenn er sich wirklich in diesen Tagen in Berlin aufgehalten hat, aus der Reichshauptstadt bereits wieder verschwunden ist. Die verflochtene Nacht ist durchaus ruhig verlaufen, die erste ruhige Nacht seit Wochen. Hoffentlich hält dieser Zustand an. Die letzte Nacht ist ebenso lächerlich wie das ganze Treiben der bürgerlichen Sensationspresse seit Tagen. Gerade der „Lokalanzeiger“ hat alle Meldungen und Begebenheiten aus dem Schauerroman aufgemacht und bereitwillig alle Phantasieprodukte seiner Schmodis mit grüßlichem Behagen abgedruckt, und nun faselt er von der ersten ruhigen Nacht seit Wochen. Das Blatt braucht nur die Sensationsmeldungen wegzulassen, und sein Inhalt ist dann so, daß seine Leser auch am Tage über ihrer Zeitung ruhig schlafen können.

Ein städtiger Postbote. Mit 77 000 M. Postgeldern durchgebrannt ist der 24 Jahre alte frühere Kellner Friedrich Wenzel aus Hannover, der dort zuletzt in der Lindstraße 95 wohnhaft war. Der ungetreue Kuchelher hat das Geld beim Postamt 7 in Hannover unterschlagen und soll sich damit nach Berlin gewandt haben. Er wird daher auch von der hiesigen Kriminalpolizei gesucht. Auf seine Ergreifung und die Wiedererlangung des Geldes ist eine höhere Belohnung ausgesetzt. Zweifelhafte Mitteilungen sind an Kriminaloberkommissar Hieger, Inspektion 6 N, Georgenstraße, 30a, zu richten. Der Städtige, der das Geld in fast nur neuen Einwandsmarktscheinen unterschlug, ist 1,75 Meter groß und schlank, hat blondes, links geschleiftes Haar, einen kleinen, gestutzten Schnurrbart und eine breite Nase, spricht lautes, gutes Deutsch und bewegt infolge einer Kieferverletzung unwillkürlich eine Bodenstöße. Er trägt zuletzt hellen Jackettanzug mit dunklen Streifen.

Kaiserliche Jagdtrophäen, die aus dem Schloß gestohlen worden sind, wurden von der Kriminalpolizei in einem hiesigen Waffengeschäft beschlagnahmt. In dem Schaufenster der Waffenhändler lagen 40 Stück der seltensten und kostbarsten Hirschjähne aus, die von schwerkundigen Jägern viel bewundert wurden. Ein Jagdliebhaber, der die seltenen Stücke, die noch in rohem Zustand waren, ebenfalls sah, erkannte an Zeichen, die diese trugen, daß diese Hirschjähne aus kaiserlichen Jagden stammen mußten. Die Zeichen stammten von den Hirschkägern und bezeichneten den Ort, wo die Tiere erlegt worden waren. Dieser Mann machte die Kriminalpolizei darauf aufmerksam, die weitere Nachforschung anstellte. Diese führten zur Beschlagnahme der Hirschjähne, da diese mit anderen Sachen aus dem Jagdschloß des früheren Kaisers gestohlen worden waren. Sie waren in der Zwischenzeit durch mehrere Hände gegangen und schließlich in den Besitz der Waffenhändler gekommen.

Eine raffinierte Diebin. Gestern nachmittags entfernte sich eine Frau Anna Wohlgemuth aus ihrer Wohnung im Hauie Weißwaller Str. 10, um Besorgungen zu machen und ließ ihr kleines Töchterchen allein zurück. Bald danach erschien ein etwa 19jähriger Mädchen in der Wohlgemuth'schen Wohnung und fand unter

dem Vorwand, daß es von der Mutter käme, Einlaß. Die Unbekannte machte sich, unbemerkt von dem Kinde, in der Wohnung zu schaffen und stahl 900 M. bares Geld, einen Bekfragen, einen Unterrock und drei Blusen. Dann entfernte sie sich schleunigst.

Wegen unzuverlässiger Betriebsführung sind vom Reichsbezug ausgeschlossen worden: 1. der Bäckermeister Hermann Kreuzenberg, Giltlicher Straße 84; 2. der Bäckermeister Paul Kummel, Bergstraße 2; 3. der Bäckermeister Edmund Winkler, Klosterstr. 92; 4. der Bäckermeister Ernst Fiedrich, Bernauer Straße 3, drei Monate; 5. der Bäckermeister Otto Körner, Crefelder Straße 1, vier Wochen; 6. der Bäckermeister Friedrich Müller, Adersstraße 102, vier Wochen; 7. der Bäckermeister Otto Blottner, Dennewitzstraße 6, vier Wochen.

Gewerkschaftliches

Tagung

des Internationalen Metallarbeiterbundes

In Bern tagte Mitte März der Zentralvorstand und der Exekutivauschuß vom Internationalen Metallarbeiterbund, dem bis jetzt folgende Länder angehören: Amerika, England, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien, Österreich, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Schweiz, Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Polen und Ungarn. Dem ausführlichen Bericht der „Schweizerischen Metallarbeiterzeitung“, des Organs des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, entnehmen wir u. a. auch, daß dieser Bund bis jetzt 3 500 000 Mitglieder zählt. An der Sitzung nahmen teil: Deutschland (Dihmann, Brandes), Belgien (Sola), Frankreich (Rothheim), Holland (Danz), Italien (Buzzi), Ungarn (Riatik), Österreich (Domes), Tschechoslowakei (Hampel), England (Brownlie), Schweden war durch Johanson vertreten und für die Schweiz war Zig erschienen. Der interimistische Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, der schweizerische Genosse Zig, führte den Vorsitz. Die Tagung beschäftigte sich mit der in allen Ländern auftretenden Wirtschaftskrise und wendet sich gegen das Unterliegen der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, besal. werden alle Mitglieder verpflichtet, keine Ueberarbeit zu verrichten und den Arbeitsunruhen gegen alle Anschläge und Sabotageakte der Unternehmer zu kämpfen. Ebenso geht der dringende Appell an alle Organisationen, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beabsichtigten Lohn- und Arbeitsverschlechterungen zu widersetzen. Zur Frage der Gewerkschaftsinternationale wurde betont, logar mit dem Einfluß der italienischen Vertreter, daß der Internationale Metallarbeiterbund sich allen Versuchen, die Gewerkschaften den Parteien unterzuordnen, widersetzen werde. Von dem schweren Kampf der Metallarbeiter in Luxemburg wurde berichtet, und den kämpfenden Bruderorganisationen soll weitgehende moralische und finanzielle Hilfe gewährt werden. Auch die dänischen Metallarbeiter stehen dicht vor einem Generalstreik, als Antwort auf eine große angeforderte Ausperrung seitens der Unternehmer.

In einer längeren Resolution beschäftigte sich der Exekutivauschuß mit den großen politischen Fragen, erklärte sich gegen den Abbruch der Verhandlungen in London, protestiert energisch gegen die Besetzung von Städten und Gebieten, die zu keiner Lösung der Reparationsfrage führt, erklärt sich weiter solidarisch mit der deutschen Arbeiterklasse, die gemißt ist, alle Kräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete einzusetzen und die Pflicht einer Wiedergutmachung anzuerkennen. Die Tagung tritt für eine Verpflichtung einer Internationalisierung der Kriegsschulden ein und wendet sich gegen die „übermäßigen Forderungen des Entente-Kapitalismus“. Ebenso wird eine allgemeine Abrüstung des Militarismus in allen Ländern verlangt, die notwendig ist, um den Frieden zu sichern. Alle angeschlossenen Verbände werden aufgefordert, „alle Kräfte einzusetzen, um gemäß dieser Entschließung die internationale Solidarität zu befördern“.

Die Tagung des Kongresses wird am 26. Juli voraussichtlich in Bern stattfinden, die sich mit der Frage der Umstellung der Kriegsindustrie auf eine Friedensproduktion beschäftigen soll.

Diese Zusammenkunft hat den Beweis erbracht, wie innig verbunden die wirtschaftlichen Verhältnisse aller Länder sind, und daß kein Staat aus eigener Kraft sich von den Wehen der Zeit zu befreien vermag. Notwendiger denn je erweist es sich, unsere Taktik von geopolitischen Gesichtspunkten aus zu orientieren. Es ist erfreulich, zu konstatieren, daß ungeachtet aller vergangenen Kriegsgreuel die internationale Zusammengehörigkeit aller Erwerbsfähigen sich stärker denn je zu regen beginnt, so daß zukunftsvorbehaltend der wirtschaftspolitische und kulturelle Neuaufbau der Welt sich zu realisieren beginnt.

Unternehmerfreiheit

Der Streik der Schallplattenarbeiter

Seit etwa fünf Wochen stehen die Groß-Berliner Schallplattenarbeiter im Streik, um eine Verbesserung ihres bisherigen Verdienstes herbeizuführen. Die Unternehmer haben den Kampf an den Haaren herbeigezogen und Verhandlungen mit den Arbeitern abgelehnt. Zu den 350 Streikenden haben sie jetzt etwa 200 Metallarbeiter ausgesperrt.

Am Dienstag gab der Verbandsvorsitzende Räder vom Fabrikarbeiter-Verband einen Bericht über den Stand der Bewegung. Große Heiterkeit erregte folgender Brief, der von den Unternehmern den Arbeitern übermittelt worden ist: „Ich teile Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß nach einer statutenmäßigen Besprechung die Arbeitgeber die Bedingung stellen, daß die Arbeitnehmer die Arbeit zu den alten Bedingungen wiederaufnehmen und dann nach einigen Tagen mit den Arbeitnehmern gemeinschaftlich über die Lohnerhöhung verhandelt werden wird.“

ges. Unterdrückt.“

Die versammelten Streikenden gaben auf diesen Brief die einzig richtige Antwort, indem sie folgende Resolution einstimmig annahmen:

Die heute versammelten streikenden Arbeiter der Groß-Berliner Schallplatten-Industrie nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der unerhörten Zumutung der Arbeitgeber, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, um erst dann nach einigen Tagen über die Lohnforderungen zu verhandeln.

Sie erklären aufs nachdrücklichste, daß der Streik hätte vermieden werden können, wenn die Arbeitgeber nur einigermaßen Entgegenkommen gezeigt hätten. Der ihnen dadurch aufzugehende Kampf kann nur beendet werden, wenn die Arbeitgeber Zugeständnisse machen, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, auch nur einigermaßen ihre Dasein zu fristen.

Sie erklären deshalb, jederzeit zu Verhandlungen in diesem Sinne bereit zu sein, andererseits geloben sie jedoch, nicht nachzulassen im Kampf um ihre Existenzberechtigung und frei und unerschütterlich auszuharren, bis dieses Ziel erreicht ist.“

Der Kampf geht weiter.

Der Streik der Handelsreisenden

Der seit dem 21. März 1921 bestehende Streik der Handelsreisenden dauert noch an. Obgleich noch weitere Firmen in den letzten Stunden eine Verständigung mit ihrem Personal herbeiführten, vertreten die großen Waren- und Kaufhäuser noch die Ansicht, den Schlichterspruch des Schlichtungsausschusses als unannehmbar bezeichnen zu müssen. Der Stand der Bewegung ist gut, weil von direkten Arbeitsschlichtungen (Streikbrecher) eigentlich nicht gesprochen werden kann. Anders sieht es allerdings mit der indirekten Streikarbeit aus. In einer Anzahl von Häusern wird leider von einem erheblichen Teil der kaufmännischen Angestellten die Arbeit der Streikenden verrichtet. Es wird erwartet, daß sie es ablehnen, sich als Werk-

zeuge der Unternehmer benutzen zu lassen. Erfreulicherweise sind aber auch Betriebe vorhanden, wo das Verhalten der Kaufleute als musterhaftig, logar vorbildlich bezeichnet werden kann. Die Zentralstreikleitung appelliert deshalb noch einmal an das Selbstbewußtsein der Kaufleute und erwartet, daß dieser Appell nicht ohne Wirkung bleiben wird. Bemerklich ist ferner, daß auch die Sipo trotz der Anordnung des Herrn Major Kaupisch sich immer wieder Uebergriffe zuzulassen kommen läßt. Die Herren Reviervorsteher scheinen auf die Verschlingung und Anordnung ihres Vorgesetzten zu pfeifen, und es wird empfohlen, hier kräftig nachzuhelfen, damit die sonst so hoch gepriesene Disziplin auch in solchen Fällen gehalten wird.

Metallarbeiter

Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung findet heute Mittwoch, den 6. April, nicht statt wegen der Beerdigung des Genossen Solt. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Streik der Möbeltransportarbeiter. In einer am 4. April d. J. abgehaltenen Ueberaus stark besuchten Versammlung nahmen die Streikenden den Bericht der Streikleitung über die Verhandlung vor dem Demobilisationskommissionar entgegen. Mit Entrüstung lehnte die Versammlung das Ansuchen der Arbeitgeber, die Arbeit anzunehmen und dann nach drei bis vier Tagen zu verhandeln, ab und wahrte sich auch gegen den Vorwurf, Tarifbruch begangen zu haben. Lediglich das Verhalten der Herren Reisebedienten vor und während der totaufgegangenen Verhandlungen, sowie die deutlich erkennbare Absicht, die Verhandlungen bis vielleicht Mitte April in die Länge zu ziehen, hat dazu beigetragen, daß die Situation diese Schärfe angenommen hat. Allen Redefähigen und Verdrehungsversuchen der Arbeitgeber wird es nicht gelingen, diesen reinen Wirtschaftskampf zu einem politischen umzuwandeln. Der Umstand, daß in anderen Städten Deutschlands ebenfalls die Möbeltransportarbeiter in den Ausstand getreten sind, berechtigt doch keinesfalls zu der Annahme, der Streik sei ein politischer. Die Berliner Lohnbewegung der Möbeltransportarbeiter wird unabhängig von denen der anderen Städte geführt. Der Streikleitung wurde das vollste Vertrauen ausgesprochen. Die Streikenden sind voller Zuversicht und gewillt, den Kampf so geschlossen weiterzuführen, wie er bis jetzt geführt wurde. Eine in diesem Sinne abgefaßte und aus der Versammlung heraus eingeleitete Entschließung wurde einstimmig angenommen. Daß die Streikenden kampfesmäde sind, ist eben nur ein leeres Gerücht, das jeder Grundlage entbehrt. Die Kollegen Kaufleute und Arbeiter aller Branchen werden weiter um strengste Solidarität gebeten.

Buchhändler! Seit einigen Tagen zirkulieren in den Betrieben Listen, auf welchen Namen für eine Urabstimmung gesammelt werden. Diese Listen resp. der damit verbreitete Aufruf tragen die irreführende Unterschrift „Der Aktionsauschuß“ ohne jede weitere Bezeichnung. Von den Verbreitern wird erklärt, daß die Fraktionen der U. S. P. D. und S. P. D. gemeinsam diesen Aufruf erlassen haben. In der erweiterten Aktionsauschussung der U. S. P. D. wurde festgestellt, daß kein Mitglied dieser Körperschaft seine Zustimmung hierzu gegeben hat. Der Aktionsauschuß warnt, obwohl wir nicht Gegner von Urabstimmungen sind, in Anbetracht vorgenannter Umstände alle Anhänger der U. S. P. D., sich in die Sammellisten einzutragen und erklärt, bereits gemachte Unterschriften zurückzuziehen. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle von der U. S. P. D. herrührenden Zirkulare die nachstehende Unterschrift tragen müssen, andere sind als Fälschungen zu bezeichnen.

Der Aktionsauschuß der U. S. P. D. im Verband der Buchhändler und Papierverarbeiter.

Aus den Organisationen

Mittwoch, 6. April

7. Bezirk. Der Treffpunkt der Parteigenossen zum Begräbnis von Solt ist nicht Kestenerplatz, sondern Weberstraße, Köpenicker Straße, Remer Straße und Juchaczewer Allee.
10. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungscommission bei Vietich, Köpenicker Str. 16. Tagesordnung: „Kaiser“, Remisch des Westens.
17. Bezirk. 8. Abteilung. Die kommunale Sitzung findet nicht am Mittwoch, sondern Donnerstag, 7 Uhr, im „Friedensplatz“, Müller, Ecke Döner Str., Rati. Ortsgruppe Spandau. Abends 8 Uhr Vorlesung im Kelleraum Reichshaus. Hässliches Erscheinen aller Genossen nötig.
Oberbismarck. Abends 7 1/2 Uhr Jenseitsabend im Lokal von Otto Jürgens. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, 7. April

1. Bezirk. Abends 1/2 Uhr Sitzung der Agitationscommission bei Krüger, Schmirke 1.
2. Bezirk. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr bei Mack, Reigmannstraße 97.
6. Bezirk. Abends 8 Uhr Sitzung der Kinderstufenkommission bei Gellna, Bernauer Str. 20.
8. Bezirk. Frauenarbeitskommission bei Matzke, Marienthorger Str. 11, sehr wichtige Sitzung.
13. Bezirk. Frauenarbeitskommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Göbe, Köpenicker Str. 20.
14. Bezirk. Kommunale Kommission. Abends 7 1/2 Uhr bei Foxl Kaiser, Gohlisdorfer Str. 24.
16. Verwaltungsbezirk (Königs- und Wilmersdorf). Nationalratskommission. Abends 6 1/2 Uhr treffen sich die Parteigenossen über die Einberufung bei Böde, Kaulstraße, Steinhilber Str. 10.
17. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Grunewald, Wilmersdorf, Oberbismarck, Wilmersdorf, Köpenick, Wilmersdorf). Abends 7 Uhr Versammlung aller U. S. P. D. Ortsgruppen bei Schreiber, Niederbismarck, Brückenallee 4, Nordendmarkt, Berlin, Reichshaus.
18. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr findet in Niederbismarck ein gemeinsames Parteibekanntmachung der Eric Leppmann, Niederbismarck, Oberbismarck, Johannisthal, Wilmersdorf und Wilmersdorf statt.
Tempelhof. Abends 8-9 1/2 Uhr trifft findet in Gemeindefestungsnummer, Döner Str. 42, der Gehobene Rati. Genossen mit Frauen haben freien Zutritt.
Wilmersdorf. Abends 1/2 Uhr bei Unger, Bergstr. 35, Agitationsauschuß, Unterbismarck und sämtliche Bezirksführer sowie Leitungskommissionen, Sitzung.
Wilmersdorf-Niederbismarck. Abends 7 Uhr wichtige Sitzung der Bildungs- und Agitationskommission von Wilmersdorf und Niederbismarck bei Rater, Wilmersdorf 12.
Spandau. Der Nationalrat „Sturk“ hält heute abend 7 Uhr in den Räumlichkeiten seine Nationalratsversammlung ab. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, erlauben wir unsere Parteigenossen, die dem Nationalrat anwesend, die Versammlung zu besuchen.

Freitag, 8. April

12. Bezirk. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Tischer, Schloßstr. 10.
Ortsgruppe Spandau. Abends 7 1/2 Uhr Kundgebung im Kelleraum Reichshaus, Wilmersdorf. 11. Die Stadt- und Bezirksvereine, sämtliche Bezirksführer sowie die Delegierten der Kommissionen haben vorgeladigt zu erscheinen.

Bereinskalender

Mittwoch, 6. April

Internationaler Bund der Kriegsoffer. Alle Kriegsoffer werden an der Tagung des durch die Reaktion erzwungenen Genossen Solt teilnehmen. Treffpunkt mittags 12 Uhr Ecke Prenzlauer und Ostbahnhof. Gesellschaften Berlin und Brandenburg. Gesellschaften Berlin und Brandenburg.
Metallarbeiterverband Spandau. Die für heute abend angesetzte Parteibekanntmachung findet wegen der Beerdigung des Kollegen Solt nicht morgen abend im bekannten Lokal statt.
Vand der technischen Arbeiter und Beamten. Mitgliederversammlung. Wilmersdorf: Abends 7 1/2 Uhr, Nationalrat Wilmersdorf. 17. Reichshaus: Abends 7 1/2 Uhr, Reichshaus Hof, Wilmersdorf Str. 11, Crunzschmidt: Abends 7 1/2 Uhr, Köpenick Hof, Bernauer Str. 20. Spandau: Abends 7 1/2 Uhr, Kelleraum vom Reichshaus, Wilmersdorf Str. 11. — Abends 7 Uhr Parteibekanntmachung des Bundes im Reichshaus Hof, Wilmersdorf. 17. — Wilmersdorf 5 Uhr Versammlung der Erwerbslosen Techniker im blauen Saal des Reichshaus Hofes, Wilmersdorf. 126.
Vertriebener der Arbeiterorganisation. Wir fordern die Parteigenossen auf, an der Beerdigung unseres Kameraden-Kollegen Solt nach Köpenick teilzunehmen. Treffpunkt: 1/2 Uhr vormittags, Beerdigung der Arbeiterorganisation, Köpenick 17.

Donnerstag, 7. April

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Parteibekanntmachung und Verteilung eines den Angehörigen der Herren: Kaufleute und Kaufmannschaften, Gewerkschaften, Dienstleistungen, sowie Berufsvereine. Abends 5 Uhr im Lokal von Karl Witte, Köpenick 20, Gruppenversammlung. — Sektion 1 (Köpenick). Abends 7 Uhr bei Witte, Köpenick 20, Versammlung der Vertrauensmänner, Reichshaus Hof und Köpenick.
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 1/2 Uhr Parteibekanntmachung der Schuhmacher in den Wilmersdorf, Kaiser-Wilmersdorf Str. 11.
Vand der technischen Arbeiter und Beamten. Mitgliederversammlung. Wilmersdorf: Abends 7 1/2 Uhr, Nationalrat Wilmersdorf. 17. Reichshaus: Abends 7 1/2 Uhr, Reichshaus Hof, Wilmersdorf Str. 11, Crunzschmidt: Abends 7 1/2 Uhr, Köpenick Hof, Bernauer Str. 20. Spandau: Abends 7 1/2 Uhr, Kelleraum vom Reichshaus, Wilmersdorf Str. 11. — Abends 7 Uhr Parteibekanntmachung des Bundes im Reichshaus Hof, Wilmersdorf. 17. — Wilmersdorf 5 Uhr Versammlung der Erwerbslosen Techniker im blauen Saal des Reichshaus Hofes, Wilmersdorf. 126.
Vertriebener der Arbeiterorganisation. Wir fordern die Parteigenossen auf, an der Beerdigung unseres Kameraden-Kollegen Solt nach Köpenick teilzunehmen. Treffpunkt: 1/2 Uhr vormittags, Beerdigung der Arbeiterorganisation, Köpenick 17.
Donnerstag, 7. April
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Parteibekanntmachung und Verteilung eines den Angehörigen der Herren: Kaufleute und Kaufmannschaften, Gewerkschaften, Dienstleistungen, sowie Berufsvereine. Abends 5 Uhr im Lokal von Karl Witte, Köpenick 20, Gruppenversammlung. — Sektion 1 (Köpenick). Abends 7 Uhr bei Witte, Köpenick 20, Versammlung der Vertrauensmänner, Reichshaus Hof und Köpenick.
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 1/2 Uhr Parteibekanntmachung der Schuhmacher in den Wilmersdorf, Kaiser-Wilmersdorf Str. 11.
Vand der technischen Arbeiter und Beamten. Mitgliederversammlung. Wilmersdorf: Abends 7 1/2 Uhr, Nationalrat Wilmersdorf. 17. Reichshaus: Abends 7 1/2 Uhr, Reichshaus Hof, Wilmersdorf Str. 11, Crunzschmidt: Abends 7 1/2 Uhr, Köpenick Hof, Bernauer Str. 20. Spandau: Abends 7 1/2 Uhr, Kelleraum vom Reichshaus, Wilmersdorf Str. 11. — Abends 7 Uhr Parteibekanntmachung des Bundes im Reichshaus Hof, Wilmersdorf. 17. — Wilmersdorf 5 Uhr Versammlung der Erwerbslosen Techniker im blauen Saal des Reichshaus Hofes, Wilmersdorf. 126.
Vertriebener der Arbeiterorganisation. Wir fordern die Parteigenossen auf, an der Beerdigung unseres Kameraden-Kollegen Solt nach Köpenick teilzunehmen. Treffpunkt: 1/2 Uhr vormittags, Beerdigung der Arbeiterorganisation, Köpenick 17.

Bezirksorganisation Potsdam 4

Außerordentliche Generalversammlung

In Haverlands Festsaal fand am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung des Organisationsbezirks Potsdam 4 statt. Genosse Küter eröffnete die Versammlung und wies auf die verflochtenen Landtagswahlen und die Vorgänge in Mitteldeutschland hin. Die letzten Ereignisse hätten gezeigt, wie recht die U. S. P. D. gehabt hat, als sie die 21 Moskauer Bedingungen ablehnte. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeiterschaft aus diesen Vorgängen die richtige Lehre ziehen werde und daß die U. S. P. D. bald wieder ihre alte Kraft und Stärke erhalten werde.

Genosse Rabold sprach dann über den

Ausgang der Landtagswahlen und die Lehren für die U. S. P. D.

Er führte aus, daß die Spaltung der Partei ein Stich ins Herz der deutschen Arbeiterbewegung gewesen sei. Bei der Verteilung der sozialen Machtverhältnisse in Deutschland und bei der psychologischen Einstellung der Massen in den Revolutionsprozeß habe es für die U. S. P. D. nach ihrer Vereinigung mit dem abgeplatterten Teil der U. S. P. D. nur zwei Wege gegeben. Die Kommunisten müßten entweder die gleiche Politik betreiben wie die U. S. P. D. oder die Massen in eine gemeinsame Aktion drängen, bei der sie sich blutige Kämpfe holen würden. Die Kommunisten wurden die Gefangenen ihrer eigenen Politik. Sie hatten den Massen ein Beispiel ausgestellt, dessen Einwirkung sich jetzt in Mitteldeutschland vollzogen habe. Gerade der Ausgang der preussischen Landtagswahlen hätte den Kommunisten zeigen müssen, daß der überwiegende Teil der Arbeiterschaft nicht zur Revolution, sondern nach Ruhe strebt. Man könne diesen Zustand bedauern, müsse ihn aber als Tatsache hinnehmen. Die revolutionäre Stimmung unter den Arbeitern sei nicht durch einen Gewaltakt zu erzeugen, dazu gehöre vielmehr ein langwieriger Aufklärungsprozeß. Die U. S. P. D. war auf dem besten Wege, alle revolutionären Kräfte um sich zu sammeln. Durch die Spaltung wurde ein Teil der Massen von der U. S. P. D. abgestoßen, dieser Teil ging aber nicht zur U. S. P. D., sondern ins Lager der Indifferenten oder ins reformistische Lager der Rechtssozialisten. Das haben die Wahlen in Sachsen, Bremen und auch später die preussischen Landtagswahlen deutlich gezeigt.

So wirkten die Moskauer Thesen nicht revolutionär, sondern reaktionär.

Monatelang seien die Spalten der Presse, die Versammlungen ausgefüllt worden mit Auseinandersetzungen zwischen der U. S. P. D. und der R. P. D. Die Auseinandersetzungen waren notwendig, um den Klärungsprozeß zu vollziehen und die grundsätzliche Auffassung der Partei aus dem Wirrwarr des Tagesgeschrei herauszuschälen. Die positiven Aufgaben mußten dadurch naturgemäß zurückgedrängt werden, und dieser Faktor konnte natürlich nicht werdend auf die großen Massen wirken, er stieß sie vielmehr zum Teil ab.

So kam es, daß die U. S. P. D. mit ungenügenden Voraussetzungen in den Wahlkampf eintrat. Außerdem waren die Organisationen infolge des schnellen Wachstums der Partei innerlich noch nicht gefestigt. Die Spaltung zerriß die Organisationen oder erschlaffte ihr Fundament noch mehr. In vielen Orten und Distrikten waren kaum noch Ansätze zu Organisationen vorhanden. Außerdem fehlte es vielfach an Geld und an den erforderlichen agitatorischen Kräften, um allen Anforderungen des Wahlkampfes Genüge leisten zu können. Die Wahlversammlungen selbst wurden vielfach durch kommunistische Kadaversonnen gesprengt. Fernstehende Wähler konnten durch derartige ungeschöne Auseinandersetzungen nicht an die Partei gefestigt werden.

Jetzt heißt es für uns, die Fehler der Vergangenheit gutzumachen. Organisation ist alles. Wir müssen aber den Organisationen auch etwas bieten, dürfen uns vor allem auf dem Lande nicht nur dann sehen lassen, wenn Wahlen vor der Tür stehen, sondern wir müssen auch zu anderen Zeiten zu den Massen sprechen, sie mit den wichtigsten politischen Vorgängen vertraut machen. Das braucht nicht immer in öffentlichen Versammlungen zu geschehen. Erweiterte Funktionäre oder Mitgliederbesprechungen eignen sich oft besser zum Ausstreuen der sozialistischen Saat als öffentliche Versammlungen. Man muß dabei immer bedenken, daß das, was in einer Funktionärsversammlung gesagt wird, nicht nur bei den Versammelten Früchte trägt, sondern die Versammelten werden das Gehörte weitertragen, ihre Freunde und Bekannten damit befruchten, die in den Versammlungen selbst nicht zugegen sind.

Die U. S. P. D. vereint in sich den gesunden Teil des Proletariats, es fehlt uns nicht an Intelligenzen.

diese können sehr oft im Verdorbenen, und es muß daher unsere Aufgabe sein, sie ans Licht zu ziehen, ihnen eine Aufgabe zu stellen, ihr mangelt es Wissen an der Hand der konkreten Tagesfragen zu ergänzen und sie so für die Partei dienlich zu machen. Wenn wir den Mitgliedern positives Wissen bieten, in allen Fällen ihre Berater sein, dann werden sie um so mehr gewillt sein, für die Partei auch etwas zu leisten. Um die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, die in keinem Verhältnis mehr zu den gesteigerten Ausgaben stehen, kommen wir nicht herum.

Genosse Rabold besprach dann die

Vorgänge in Mitteldeutschland

und schilderte an der Hand seiner Ergebnisse die ganze Unzulänglichkeit des kommunistischen Vorgehens. Er hob hervor, daß die Bewegung auch in Mitteldeutschland, dem eigentlichen Brennpunkt, künstlich entzündet wurde. Die Parolen der R. P. D. fanden bei der Masse der mitteldeutschen Arbeiter absolut keinen Anklang, aber sie wurden gewaltig in das Abenteuer hineingetrieben, indem die kommunistische Zentralkommission ihnen vorredete, ganz Deutschland bestünde in einem gewaltigen Aufbruch, der Sieg des Proletariats liege vor der Tür. Der geringe Bruchteil der mitteldeutschen Arbeiter, der sich der Bewegung anschloß, handelte aber aus Idealismus, aber die Arbeiter bekamen Führer ausgebrannt, die landfremd waren, und die, wenn sie nicht von vornherein als besahlte Spitzel auftraten, ihren Taten nach als Provokatoren wirkten. Was in Mitteldeutschland geschehen ist, hat mit Politik nichts zu tun. Es ist

eine Schandung des Sozialismus

gewesen. Mit derartigen Gewalttaten bringen wir die Arbeiterbewegung nicht vorwärts, damit fördern wir nur die Reaktion. Die verführten Arbeiter, die in dem Glauben handelten, sie stünden im Dienste einer politischen Idee, schmachten jetzt in den Gefängnissen. Sie wurden von ihren Führern in der Stunde der Gefahr schmachvoll im Stich gelassen. Diejenigen Elemente aber, die ihnen als Führer ausgeworfen wurden, handelten nicht als Sozialisten, sondern als Verbrecher. An der Tatsache, daß die sogenannten militärischen und politischen Leiter der mitteldeutschen Vorkriegsbewegung Bombenattentate verübten, Räuberzügen und Plünderungen begangen haben, läßt sich leider nicht rütteln. Wir können aus Schwarz nicht Weiß machen. Die Spuren der Untaten sind heute noch in den einzelnen Orten festzustellen. Solange die R. P. D. von diesen Verbrechen nicht abtritt, ist sie unverantwortlich für alles, was in Mitteldeutschland geschehen ist. Und mit einer solchen Partei kann es kein gemeinschaftliches Tischchen mehr geben, es muß zerhackt werden, wenn die deutsche Arbeiterbewegung gesunden soll.

In der Diskussion wurden nur die Organisationsfragen behandelt. Genosse Herbst gab ein Bild von den Kassenerhältnissen und stellte den Antrag, den Beitrag für Männer auf 2 Mark und für Frauen auf 1 Mark festzusetzen. Von allen Rednern wurde in der Diskussion Klage darüber geführt, daß die Agitation auf dem Lande allzu fast vernachlässigt werde. Von allen Seiten wurde gewünscht, auch das nächste Dort nicht zu vernachlässigen, und zwar dürften auf dem Lande nur solche Redner geschickt werden, die jeder Situation gewachsen seien.

Ein Antrag, daß von der Parteileitung alle Maßnahmen zur Erhaltung des „Freienwälder Volksboten“ für unsere Partei ergriffen werden, wurde einstimmig angenommen. — Für die Beitragszahlung zum folgenden Monat zur Annahme: „In Industrieorten beträgt der monatliche Beitrag 3 M., in den ländlichen Bezirken 2 M. pro Mann und Monat, für Frauen überall 1 M. pro Monat.“

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Genosse Küter schloß die Versammlung, die sachlich und anregend verlaufen war, mit dem Wunsche, das Gehörte zu verarbeiten, zum Wohle für die Gesamtpartei.

Regierungsbauten und Schiebermethoden

Vom Bauarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

Auf dem Fehrbelliner Platz führt die Union A. G. das neu zuerrichtete Gebäude der Reichsversicherungsanstalt an. Es handelt sich also hier um einen Regierungsbau, zu dessen Herstellung öffentliche Mittel verwendet werden. Voraussetzung sollte daher sein, daß alle sozialen Einrichtungen in bezug auf die Einhaltungen der bestehenden Arbeiterkündigungsvorschriften (Unfallversicherungsregeln, Polizeiverordnungen über die Arbeiterfürsorge auf Bauten, solide sachgemäße Arbeit) in den Vordergrund treten. Die Berechtigung einer solchen Forderung dürfte wohl von keiner Seite bestritten werden. Und doch erscheint es uns, als wenn die beteiligten Körperschaften bei Vergabe dieser Arbeit von bestimmten Interessengruppen ausgegangen sind. Anstatt gewisse vertragliche Bedingungen zu stellen, die eine sichere Bauausführung gewährleisten, scheinen vielmehr privatkapitalistische Unternehmerinteressen die Hauptrolle zu spielen. Schon bevor die fragliche Baustelle in Angriff genommen wurde, korrespondierte die Firma mit einem Akkordarbeiter P. über die Akkordpreise. Für uns als Organisation ergab sich hieraus die Pflicht, die Baustelle im Auge zu behalten, da für die Nachgruppen der Maurer und Bauhilfsarbeiter die Akkordarbeit im Berliner Baugewerbe verboten ist. Es ist im Baugewerbe üblich, daß die Einstellung sämtlicher Arbeiterkategorien durch die Polizei erfolgt. Die Ausübung dieser Tätigkeit, das sogenannte Einstellungsrecht, hatte man aus bestimmten Gründen dem Betriebsrat übertragen. Man legte nicht etwa Wert darauf, daß die benötigten Arbeitskräfte der Reihenfolge nach durch den Arbeitsnachweis bezogen wurden, sondern Leute, die als verlässliche Akkordarbeiter bekannt sind, hatten den Vorrang. Daß ein derartiges Treiben bei den Arbeitsschichten den stärksten Prozeß hervorzurufen mußte, und wir als Organisation — solange die Akkordarbeit verboten ist — ein derartiges System mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfen müssen, versteht sich von selbst. Die Organisation sah sich daher — auch selbst auf die Gefahr hin, daß sich der Kampf nicht nur gegen die Firma, sondern gegen die eigenen Kollegen richte — genötigt, die Schlichtungskommission des Gewerbes in Anspruch zu nehmen. Vom Bauarbeiter sowie vom Betriebsrat wurde mit aller Entschiedenheit bestritten, daß im Akkord gearbeitet wird. Inzwischen hatten wir durch unsere Gewährsmänner in Erfahrung gebracht, daß die Maurer durch ihre Wähler einen Stundenlohn von 14,25 M. verdient hätten. Am nun nicht von vornherein den Verdacht aufkommen zu lassen, daß Akkord gearbeitet wird, erhielten die Beteiligten den tarifmäßigen Stundenlohn gesondert. Der Rest des Verdienstes, der sogenannte Ueberlohn, wurde anschließend in einem besonderen Kofale ausgezahlt. Man sieht also, mit welchen unehrlichen Mitteln auf beiden Seiten gearbeitet wurde, um die Organisation zu täuschen. Von all den Vorgängen wollte selbst dem Bauarbeiter nichts bekannt sein. Der Betriebsrat erklärte sogar, daß er unter Eid auslassen könne, daß im Lohn gearbeitet wird. Unsererseits wurde beantragt, einen sofortigen Lokaltermin abzuhalten. Zwei Mitglieder der Schlichtungskommission — ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmerbesitzer — wurden beauftragt, die Baustelle zu besichtigen und gleichzeitig die Lohnlisten einzusehen. Auftragsgemäß gingen beide Vertreter zur Baustelle. Erneut wurde die Behauptung aufgestellt, es wird im Lohn gearbeitet; auch war aus den Lohnlisten nicht ersichtlich, daß Akkordüberschüsse gezahlt worden sind. Daß derartige Arbeitsmethoden, Hintergehungen und Durchschieberereien — wie sie auf der Baustelle Fehrbelliner Platz betrieben wurden — kein Geheimnis der Firma und des Akkordarbeiters bleiben konnten, war voraus zu sehen. Besonders auf dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße wurde lebhaft diskutiert, welche Kampfmittel hier anzuwenden seien. Anlässlich solcher Dinge mußte man bestimmt damit rechnen, daß es eines Tages — ohne daß die Organisation es verhindern konnte — zu Zusammenstößen kommen würde. Und wie gedacht, so getan. Circa 300 Arbeitslose stürmten den dort Beschäftigten einen Besuch ab. Diese Erscheinung hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Erst jetzt gelangten die beschäftigten Maurer ein, daß die Arbeiten in Akkord ausgeführt werden. Die Baustelle wurde also — ausschließlich der übrigen Lohnarbeiter — unter dem Druck der Arbeitsschichten stillgelegt. Anschließend hat die Schlichtungskommission erneut verhandelt. Der Betriebsrat, der Bauarbeiter sowie Direktor Meising von der Union wohnten der Sitzung bei. Letzterer wies einleitend darauf hin, daß man den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Die Wohnungen sei groß. Die heut in Privathäusern untergebrachten Angestellten sollen in dem neu erbauten Gebäude Aufnahme finden und daher müsse auf ein schnelles Bauen gesehen werden. Als Entlohnung sei das Prämienystem eingeführt worden. Ein Teil des Verdienstes soll den Arbeitern zugute kommen. Hiermit war auch die Masse des Bauarbeiters gefallen, dem wir in Gegenwart der Unternehmer unser Beileid aussprachen. Ein weiterer Kommentar hierzu erübrigt sich.

Obwohl nun die auf der Baustelle Beschäftigten eingekannt hatten, daß Akkord gearbeitet wird, und die Organisation nachträglich auch in Erfahrung gebracht hat, daß ein regelrechter Akkordvertrag vorliegt, wurde seitens der Unternehmerorganisation immer noch eingewandt, daß keine typischen Merkmale vorliegen, die die Akkordarbeit bestätigen. Eine recht eigenartige Auffassung! Das Ergebnis der Schlichtungskommission war nachstehende Erklärung der Arbeitgeberbesitzer:

Die Arbeitgeberbesitzer der Schlichtungskommission stehen auf dem Standpunkt, daß das Verhalten aller Beteiligten in dem vorliegenden Streitfall gegen die guten Sitten verstößt wegen der Heimlichkeit, mit welcher die Auszahlungen vor sich gegangen sind, und daß nicht jedem der dort beschäftigten Arbeitnehmer von vornherein gesagt worden ist, welches System der Entlohnung, ob Prämien, Akkord oder Lohnsystem zur Anwendung gelangt. Weiterhin ist verwirklicht, daß die Mitglieder der Schlichtungskommission durch die Unwahrhaftigkeit über die Darstellung der Verhältnisse im Unklaren gehalten wurden.

Erst in einer späteren Verhandlung gab schließlich Herr Baummeister Hirtz als Firmenvertreter im Beisein der Unternehmervertreter zu, daß bisher im Akkord gearbeitet worden ist und versicherte, daß vom 30. März ab der tarifmäßige Zustand wiederhergestellt ist.

Im Hinblick auf die im Berliner Baugewerbe herrschende Arbeitslosigkeit sind derartige Vorkommnisse geradezu unverantwortlich. Die Berliner Bauarbeiter sind sich dessen bewußt, daß die Akkordarbeit ungleich mehr als jede andere Lohnarbeit dazu angetan ist, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer und besonders auch die Unfallgefahr auf den Bauten zu fördern, und daß derartige Arbeitsmethoden dazu beitragen, die Solidarität der Arbeiter hintanzuhalten, das Heer der Arbeitslosen zu vermehren und die Gesundheit der Arbeiter zu schädigen. Es ist wahrlich an der Zeit, daß sich die bauleitende Behörde mehr als bisher um diese Baustelle kümmert, damit derartige Arbeitsmethoden nicht erneut Platz greifen.

Wenn solche Schiebermethoden, die sogar von der Schlichtungskommission als gegen die guten Sitten verstoßend beurteilt wurden, an Regierungsbauten Anwendung finden, wie sollen erst bei Privataufträgen alle tarifmäßigen Ver-

einbarungen eingehalten werden? Den Arbeitern wirft man oft vor, daß sie tarifmäßig usw. sind. Und hier wird ein Staatsbau aufgeführt, bei dem anzuhaltigste Spulentechnik eine Rolle spielen.

Es dürfte sich als notwendig erweisen, im Reichstag auf diese Dinge zu sprechen zu kommen.

Der Magdeburger Kommunistenprozeß

Vor dem Schwurgericht in Magdeburg begann gestern Abend unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt-Banke-Verlin der Kommunistenprozeß gegen Vater und Genossen. Die Anklage vertritt der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kähler-Verlin. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg-Berlin übernommen. Angeklagt sind mit Vater insgesamt 25 Kommunisten, zum größten Teil aus Sten-dal. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, durch Bildung von militärischen Organisationen und Maßnahmen zum gewalttätigen Sturz der Regierung sich gegen die bestehenden Gesetze vergriffen zu haben. Die Angeklagten waren teilweise in Untersuchungshaft, wurden dann entlassen und sind erst nachträglich auf Anordnung des Oberpräsidenten Hörsing wieder in Schutzhaft genommen worden.

Nach Anruf der Angeklagten protestiert Dr. Weinberg gegen die Zuständigkeit dieses Ausnahmegerichts, da der Reichspräsident nach Artikel 48 der Reichsverfassung nicht das Recht habe, Verordnungen, wie die am 30. Mai vorigen Jahres, die das Einsetzen von Sondergerichten zuläßt, zu erlassen. Dr. Weinberg bittet, die Zuständigkeit der Zusammenlegung des Gerichts zu verneinen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kähler versucht, das rechtmäßige Bestehen dieses Sondergerichts nachzuweisen, da die Straftaten militärischen Charakters sind und der Reichswehrminister zuständig ist. Nach Auffassung des Staatsanwalts ist das Gericht kein Ausnahmegericht, sondern ein Sondergericht, gleichbedeutend mit Kaufmanns- und Gewerbegerichten. Er erucht, daß die Verordnung vom Reichstag nicht aufgehoben ist, die Zuständigkeit durch Beschluß herbeizuführen. Nach einhelliger Beratung erklärt sich das Gericht für zuständig.

Bei Feststellung der Personalien der Angeklagten erucht Dr. Weinberg das Gericht, gegen die vom Oberpräsidenten Hörsing erlassenen Schutzhaftbefehle gegen eine Reihe von Angeklagten zu protestieren, da es dadurch der Verteidigung erschwert werde, persönlich mit den Angeklagten zu verhandeln. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kähler verliest die Anklageschrift, wonach die Angeklagten sich des Vorgehens gegen die Strafprozessordnung schuldig gemacht haben. Auf Befehl von Moskau sollen rote Armeen errichtet werden. Als Leiter für den Bezirk Magdeburg-Anhalt ist der Landtagsabgeordnete Bruno Böttcher-Bernburg bestimmt, Erfurt-Stendal als Befehlshaber für den Bereich Altmark. In Versammlungen und Sitzungen vom 19.-23. Januar sollen die Angeklagten die militärischen Kampfgliederungen gegründet und organisiert haben. Die Sitzungen haben in Magdeburg, Bernburg und Stendal stattgefunden, an denen die Angeklagten mehr oder weniger beteiligt sind. Da bei der Anklage gegen Böse vom Staatsanwalt Sachen hineingezogen werden, welche am 1. April dieses Jahres ratifiziert worden haben, protestiert der Verteidiger dagegen, daß Delikte, die nicht in der Anklageschrift enthalten sind, jetzt vom Staatsanwalt angeführt werden.

Das Gericht gibt dem Einpruch des Verteidigers kein Gehör. Der Angeklagte Jakob führt als erster aus, daß er seit 1912 im politischen Leben steht, und zwar innerhalb der U. S. P. D. bis zum 1. April 1919, wo er zur U. S. P. D. übertrat. Er verzog von Bromberg nach Stendal und wurde dort Kreisleiter der U. S. P. D. Da die U. S. P. D. nach den Wahlen

nicht in die Regierung eingetreten sei,

sei er nach dem Parteitag von Halle zur R. P. D. übergetreten (1). Am 17. Januar sei er zu einer Konferenz nach Magdeburg gehen worden. Dort wurde über die bevorstehenden Wahlen gesprochen. Am nächsten Morgen wurde er von Böttcher zu einer Besprechung nach Bernburg eingeladen. Die Tagesordnung dort war Wahl eines Zentralausführglieds. Dann hat Böttcher dort auf die Rüstungen der Orgel hingewiesen und darauf, daß am 21. Januar von rechts losgeschlagen werden sollte. Alle in der R. P. D. Organisierten hätten zusammenzuströmen. Es würden terroristische Bataillone in Halle und Bernburg errichtet werden zur Bekämpfung der Verräter in den eigenen Reihen. Am 19. Januar war wieder eine Sitzung, wo die Maßnahmen für ein Zusammenarbeiten der Funktionäre getroffen wurden. An dieser Besprechung hat ein Herr Roth teilgenommen, der bei der U. S. P. D. organisiert war, dann zur R. P. D. übergetreten ist. Dieser Roth hat dem Angeklagten Jakob 5000 M. als Parteifonds zur Verfügung stellen wollen. (Bemerkenswert ist, daß Roth, der diesen ganzen Organisationsplan mitberaten hat, nicht auf der Anklagebank ist.) Am 20. Januar ist Jakob dann wieder in Magdeburg in der Wohnung von Vater zu einer Besprechung gewesen. In dieser Besprechung wurden auch nur Organisationsfragen behandelt.

Der Angeklagte Vater

gibt an, daß er seit 1882 in der politischen Bewegung steht, seit 1883 verheiratet und schon 1890 auf dem Standpunkt gestanden hat, daß die Arbeiterschaft, wenn sie zur politischen Macht kommt, nur durch die Diktatur der Arbeiterschaft gehalten werden kann. Nach der Spaltung der U. S. P. D. sei er zu der R. P. D. übergetreten. Nach seiner Angabe ist nicht von militärischen Dingen in seiner Wohnung gesprochen worden, auch auf den dortigen Bezirkskonferenzen nicht. Von einer Militärpropaganda weiß er nichts. Auch in der Sitzung in Bernburg sei nicht von militärischen Organisationen gesprochen worden.

Der Angeklagte Westmann gibt an, daß er seit dem 18. Lebensjahr Mitglied der U. S. P. D., seit dem 9. November Mitglied der U. S. P. D. bis zum Parteitag in Halle gewesen und dann zur R. P. D. übergetreten sei. Am 19. Januar ist er von Jakob zu einer Sitzung geladen worden. Dort hat Jakob Bericht erstattet über die Stellung der Königspartei und über einen angeblichen Putsch von Rechts. Roth hat darauf geäußert, daß die Listen der Mitglieder genau ausgefüllt wurden mit Angabe der Waffengattung und hat sich angeboten,

Dynamit von Westfalen zu holen.

Auf Drängen des Roth wurde dann noch eine Funktionärsitzung einberufen, in der er die Listen verlangte und auch erhalten hat.

Einige Auslagen der Angeklagten Müller, Wendt und Hoffmann deden sich mit dem, was der Angeklagte Westmann ausgezahlt hat. Der Angeklagte Dittmann gebürt der R. P. D. an. Er hat nach Rücksprache mit Jakob seine Wohnung zur Funktionärsitzung zur Verfügung gestellt. Da er einer anderen Partei angehört hat, habe er dem Besprechung der einzelnen Funktionäre wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Ein bei ihm gesunder Kampfplan sei von ihm in den Tagen des Kapp-Putsches angefertigt worden. Der Angeklagte Fährig, früher R. P. D., will sich nach den Kapplagen vom politischen Leben zurückgezogen haben; er könne sich auf nichts mehr besinnen.

Die Verhandlung wurde hierauf am Mittwoch vertagt.

Ausmessungen aus Düsseldorf. Laut der unabhängigen „Düsseldorfer Volkszeitung“ sind der holländische Polizeidirektor Gauer und ein Kriminalbeamter von der französischen Besatzungsbehörde ausgewiesen worden. Auch haben eine Anzahl Personen Ausweisungsbefehle erhalten, die zu den „Stahlhelm“-Organisationen in Beziehung stehen oder gestanden haben.

Kukirol
besitzt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen & Warzen
in Apotheken & Drogerien erhältlich

